

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1995

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Statistisches Landesamt

Inhalt

Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994	1	Nach einem kurzen Bericht über das Bundesergebnis wird das Landesergebnis der Wahl dargestellt und analysiert.
Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem und amtliche Agrarstatistik	12	Die Agrarverwaltung muß seit 1993 als Folge der Reform der EG-Agrarpolitik umfangreiche Daten über Bodennutzung und Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe erheben. Es wird über eine mögliche Nutzung dieser Datenbestände auch für statistische Zwecke berichtet.
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1989	15	Erstmalig werden Berechnungsergebnisse über die Höhe des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen vorgestellt. Bislang lagen derartige Angaben nur auf Landesebene vor.
Handels- und Gaststättenzählung 1993	19	Es werden Unternehmensergebnisse für Wirtschaftszweige dargestellt.
So heizen die Rheinland-Pfälzer	22	Für Gebäude mit Wohnraum wird über Beheizungs- und Energiearten sowie den Jahresverbrauch an Energie berichtet.
Anhang		
	1 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	7 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

CDU bleibt stärkste Partei – Zweitstimmenabstand zur SPD verringerte sich gegenüber 1990 auf 4,4 Prozentpunkte

Am 16. Oktober 1994 waren 2 985 384 Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt, rund 50 000 oder 1,7 % mehr als 1990. Von den Wahlberechtigten gaben 2 456 152 Bürger ihre Stimme ab. Daraus errechnete sich eine Wahlbeteiligung von 82,3 %, vier Jahre zuvor lag sie mit 81,7 % etwas niedriger. In städtischen und ländlichen Gebieten war die Beteiligung der Bürger an der Bundestagswahl recht unterschiedlich. So lag von den 12 kreisfreien Städten des Landes nur Neustadt an der Weinstraße mit einer Wahlbeteiligung von 82,8 % über dem Landesdurchschnitt (82,3 %). Die übrigen Städte verzehnten zum Teil erheblich niedrigere Anteile. Von den 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz lagen immerhin 16 mit ihrer Wahlteilnahme über dem Landesmittelwert. Das größte Interesse an der Wahl zeigten mit 87 % die Bürger des Landkreises Ludwigshafen. Auf den nächsten Plätzen folgen die Landkreise Pirmasens (85,5 %), Südliche Weinstraße (85,1 %) und Mainz-Bingen mit 85 %. Bei der Bundestagswahl 1994 erhielt die CDU in Rheinland-Pfalz 1 061 643 gültige Zweitstimmen. Ihr Stimmenanteil ging gegenüber 1990 um 1,8 Prozentpunkte auf 43,8 % zurück. Dies war der niedrigste Stimmenanteil, den die Partei in Rheinland-Pfalz jemals bei einer Bundestagswahl erreichte, dennoch erzielten die Christdemokraten damit hinter Sachsen (48 %) das zweitbeste Ergebnis aller Bundesländer. Mit diesem Ergebnis blieb die CDU in Rheinland-Pfalz stärkste Partei, ihr Vorsprung bei den Zweitstimmen gegenüber der SPD ging allerdings von rund 226 000 im Jahre 1990 auf nunmehr 106 000 zurück. Die SPD erhielt 39,4 % der Zweitstimmen und verbesserte sich damit um 3,3 Prozentpunkte gegenüber 1990. Die F. D. P. mußte in Rheinland-Pfalz, wie auch auf Bundesebene, deutliche Verluste hinnehmen. Sie erreichte 1994 noch 6,9 % der Zweitstimmen, vier Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 10,4 %. Die GRÜNEN erhielten 150 630 Zweitstimmen, rund 55 000 mehr als bei der letzten Bundestagswahl. Sie verbesserten damit ihr Zweitstimmenergebnis in Rheinland-Pfalz von 4 % im Jahre 1990 auf jetzt 6,2 %, blieben aber unter dem Bundesdurchschnitt von 7,3 %.

In den 13. Bundestag ziehen aus Rheinland-Pfalz 33 Abgeordnete ein, 15 gehören der CDU an, 14 der SPD und je zwei der F. D. P. und den GRÜNEN.

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Verfügbares Einkommen je Einwohner auf Kreisebene zwischen 16 000 DM und über 27 000 DM

Das verfügbare Einkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz betrug im Jahre 1989 durchschnittlich 21 760 DM. Dieser Betrag stand den privaten Haushal-

ten – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge und unter Berücksichtigung der empfangenen Übertragungen wie Renten, Pensionen, Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Die Berechnung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte auf Kreisebene, die erstmals durchgeführt wurde, ergibt den höchsten Pro-Kopf-Wert für die Stadt Mainz, der mit 27 130 DM knapp 25 % über dem Landesdurchschnitt liegt. Das niedrigste verfügbare Einkommen je Einwohner wurde für den Landkreis Bitburg-Prüm mit 16 020 DM festgestellt, das damit knapp 74 % des Durchschnitts ausmacht. Für die kreisfreien Städte insgesamt wurde ein um rund 3 000 DM höheres Pro-Kopf-Einkommen als für die Landkreise ermittelt. Ein Vergleich mit der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen zeigt, daß – zumindest für größere Regionen – ein Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft besteht. Bei kleineren Räumen ist der Zusammenhang tendenziell schwächer, da Arbeitsort und Wohnort vermehrt auseinanderfallen. ker

Mehr über dieses Thema auf Seite 15.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Dezember		Veränderung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 470,9	1 447,4	- 1,6
Vermögensteuer	328,5	276,7	- 15,8
Erbschaftsteuer	130,3	139,6	7,1
Kraftfahrzeugsteuer	736,3	734,8	- 0,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	158,4	167,3	5,6
Feuerschutzsteuer	29,0	34,4	18,9
Biersteuer	88,4	94,6	7,0
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	7 022,7	7 040,3	0,3
Lohnsteuer	5 369,3	5 463,4	1,8
Veranlagte Einkommensteuer	617,7	394,6	- 36,1
Kapitalertragsteuer	204,6	280,0	36,8
Zinsabschlagsteuer	171,0	259,9	52,0
Körperschaftsteuer	660,0	642,3	- 2,7
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 411,3	3 294,5	- 3,4
Umsatzsteuer	2 858,6	2 821,4	- 1,3
Einfuhrumsatzsteuer	552,7	473,1	- 14,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	67,9	95,0	39,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	56,2	89,9	60,0
I n s g e s a m t	12 028,9	11 967,0	- 0,5

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Jahre 1994		
Indexbezeichnung	1985 = 100	Veränderung zu 1993 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,3	1,7
Bekleidung, Schuhe	118,0	1,4
Wohnungsmieten	137,1	4,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,2	0,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	120,4	2,0
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	126,7	3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125,6	3,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	118,1	1,9
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	143,2	5,9
Gesamtlebenshaltung	123,5	3,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,8	2,9
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,5	3,1
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,3	3,2

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

**Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem und
amtliche Agrarstatistik**

Die Mitgliedstaaten der EU wurden mit einer Verordnung verpflichtet, im Zusammenhang mit der im Mai 1992 verabschiedeten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der damit eingeführten direkten Einkommensbeihilfen ein Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) einzurichten. Die Landwirte müssen, wenn sie die Fördergelder beantragen, umfangreiche Angaben über ihre Bodennutzung und Viehhaltung machen. Ähnliche oder sogar gleiche Daten erhebt seit langem auch die amtliche Agrarstatistik. Die Doppelbefragungen werden jedoch von den

Landwirten zunehmend nicht mehr akzeptiert. Die statistischen Ämter von Bund und Ländern prüften deshalb in einer Machbarkeitsstudie die Nutzung der Verwaltungsdaten auch für statistische Zwecke. Die Studie beschränkte sich zunächst auf eine mögliche Nutzung der Flächennachweise, da hier noch am ehesten Übereinstimmungen zu laufenden agrarstatistischen Erhebungen bestehen.

Eine Gegenüberstellung der Merkmalskataloge aus Flächennachweis und Bodennutzungshaupterhebung zeigt, daß in vielen Ländern bisher die Anforderungen der Agrarstatistik nicht erfüllt werden können. Die zeitlichen Vorgaben der Agrarstatistik für eine termingerechte Ergebniserstellung sind derzeit ebenfalls nicht in allen Ländern von der Verwaltung zu gewährleisten. Dies gilt besonders für das bereits Mitte Juli geforderte Ergebnis über den Anbau auf dem Ackerland. Hier sind vor einer Datenübernahme aus der Verwaltung in die Statistik entsprechende Anpassungen erforderlich. Die Datenübernahme aus der Verwaltung erfordert darüber hinaus eine entsprechende nationale Rechtsgrundlage. Die antragstellenden Betriebe könnten dann ihre Auskunftspflicht für die Statistik erfüllen, wenn sie die statistikrelevanten Daten mit dem Förderantrag der Verwaltung übermitteln. Die übrigen Betriebe müßten wie bisher durch die statistischen Landesämter befragt werden. Dies setzt jedoch zuvor einen Abgleich der antragstellenden Betriebe mit den Berichtsbetrieben der Agrarstatistik voraus, da nur so festgestellt werden kann, welche Betriebe noch befragt werden müssen. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 12.

Nur Rinderbestand unverändert

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Dezember-Viehzählung in Rheinland-Pfalz hat 1994 die ungünstige Rentabilität in der Schweine- und der Schafhaltung zu einem weiteren Bestandsabbau geführt.

Der bereits 1993 deutliche Rückgang bei den Zucht-sauen hat sich bis Ende 1994 mit 10 % auf rund 46 100 Tiere fortgesetzt. Insgesamt belief sich der Schweinebestand im Dezember 1994 auf 436 800 Tiere. Dies waren 6,2 % weniger als im Vorjahr.

Die Zahl der Rinder blieb mit rund 491 000 Tieren nahezu unverändert. Einer nur geringen Abnahme (– 1 %) bei der Zahl der Milchkühe auf 153 000 Tiere stand eine Zunahme in der auf die Fleischerzeugung ausgerichteten Mutterkuhhaltung auf 47 100 (+ 5,8 %) Tiere gegenüber. In den letzten vier Jahren hat sich die Zahl der Mutterkühe mehr als verdoppelt. hü

Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl des Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei.

Die Wahlkreisabgeordneten werden mit einfacher Mehrheit der Erststimmen gewählt. Maßgebend für die Stärke der einzelnen Parteien im Bundestag ist das Verhältnis der auf ihre Landeslisten entfallenden Zweitstimmen. In den Wahlkreisen errungene Direktmandate verbleiben einer Partei auch dann, wenn die ihr über die Landesliste aufgrund der Zweitstimmen zustehende Abgeordnetenzahl überschritten wird (Überhangmandate).

Die Regelabgeordnetenzahl ist mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 auf 656 Abgeordnete erhöht worden, von denen 328 nach Kreiswaivorschlägen in den Wahlkreisen direkt zu wählen sind.

Bei der Wahl am 16. Oktober 1994 galt wieder, anders als bei der Bundestagswahl 1990, die 5 %-Sperrklausel für das gesamte Wahlgebiet, nach der nur Parteien an der Sitzverteilung teilnehmen, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens drei Wahlkreismandate erringen konnten.

Im Bundesgebiet 60,5 Millionen Bürger wahlberechtigt

Von den 60,5 Millionen 1994 wahlberechtigten Bürgern lebten 2,5 Millionen in Berlin und 11 Millionen in den neuen Bundesländern. Gegenüber 1990 ist die Zahl der Wahlberechtigten im Bundesgebiet insgesamt nahezu unverändert geblieben, hat aber in den neuen Bundesländern um gut 321 000 und in Berlin um über 31 000 abgenommen, in den alten Bundesländern ist sie entsprechend deutlich gestiegen. Die Wahlbeteiligung im gesamten Bundesgebiet lag 1994 mit 79 % um 1,2 Prozentpunkte höher als vier Jahre zuvor. Grund war die in fast allen alten Bundesländern (Ausnahme Saar-

Wahlberechtigte, Wähler und gültige Stimmen 1994 nach Ländern

Land	Wahlberechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Gültige Stimmen	
	Anzahl		%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	2 113 279	1 708 851	80,9	1 693 157	99,1
Hamburg	1 241 912	990 362	79,7	982 800	99,2
Niedersachsen	5 886 587	4 816 698	81,8	4 777 308	99,2
Bremen	510 027	400 609	78,5	394 249	98,4
Nordrhein-Westfalen	13 089 684	10 716 504	81,9	10 513 735	98,1
Hessen	4 290 259	3 532 885	82,3	3 485 902	98,7
Rheinland-Pfalz	2 985 384	2 456 152	82,3	2 426 232	98,8
Baden-Württemberg	7 204 997	5 742 579	79,7	5 668 824	98,7
Bayern	8 767 500	6 744 161	76,9	6 693 003	99,2
Saarland	838 131	699 992	83,5	674 800	96,4
Berlin	2 505 857	1 970 458	78,6	1 950 072	99,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 379 175	1 004 208	72,8	982 248	97,8
Brandenburg	1 934 963	1 383 467	71,5	1 370 320	99,0
Sachsen-Anhalt	2 156 706	1 518 973	70,4	1 501 383	98,8
Thüringen	1 955 586	1 464 137	74,9	1 428 990	97,6
Sachsen	3 591 962	2 587 963	72,0	2 562 151	99,0
Bundesgebiet	60 452 009	47 737 999	79,0	47 105 174	98,7
alte Bundesländer ¹⁾	46 927 760	37 808 793	80,6	37 310 010	98,7
neue Bundesländer ¹⁾	11 018 392	7 958 748	72,2	7 845 092	98,6

1) Ohne Berlin

Zweitstimmen der Parteien 1994 im Bundesgebiet

Partei	Anzahl	%
CDU	16 089 960	34,2
SPD	17 140 354	36,4
CSU	3 427 196	7,3
F.D.P.	3 258 407	6,9
GRÜNE	3 424 315	7,3
PDS	2 066 176	4,4
Sonstige	1 698 766	3,6
Insgesamt	47 105 174	100,0

land) gestiegene Wahlbeteiligung, während in Berlin und den neuen Bundesländern, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, die Teilnahme der Bürger an der Wahl 1994 niedriger ausfiel als bei der Wahl 1990. Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete in den alten Bundesländern mit 83,5 % das Saarland, in dem gleichzeitig mit der Bundestagswahl eine Landtagswahl durchgeführt wurde. Die zweithöchste Wahlbeteiligung wiesen Rheinland-Pfalz und Hessen mit 82,3 % auf. Am niedrigsten war die Wahlteilnahme in den alten Bundesländern in Bayern mit 76,9 %, das auch 1990 mit 74,4 % diesen Platz einnahm. In Berlin gingen dieses Mal 78,6 % der wahlberechtigten Bürger zu den Urnen, 2 Prozentpunkte weniger als vor vier Jahren. In den neuen Bundesländern wies Thüringen mit 74,9 % die höchste und Sachsen-Anhalt mit 70,4 % die niedrigste Wahlbeteiligung auf.

CDU/CSU blieb trotz Verlusten stärkste Fraktion, PDS durch Direktmandate erneut im Bundestag

Auf die CDU/CSU entfielen am 16. Oktober 41,4 % der gültigen Zweitstimmen, 1990 lag der Anteil noch bei 43,8 %. Der Koalitionspartner F.D.P. erreichte 6,9 %, ein Rückgang um 4,1 Prozentpunkte gegenüber der Wahl vor vier Jahren, der vor allem auf den starken Stimmeneinbruch der Partei in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Die Sozialdemokraten konnten sich um fast drei Prozentpunkte auf jetzt 36,4 % verbessern, die GRÜNE (1990: BÜNDNIS 90/GRÜNE) erhöhten ihren Anteil von 5,1 auf 7,3 %. Die PDS, die 1990, auf das gesamte Bundesgebiet bezogen, 2,4 % aller Zweitstimmen erhielt, konnte 1994 mit insgesamt 4,4 % Stimmenanteil zwar die 5 %-Hürde nicht überspringen, wurde aber wegen ihrer vier Direktmandate in die Verteilung der Sitze einbezogen. Die Hochburgen dieser Partei lagen in den neuen Bundesländern und in Berlin, wo sie Anteile zwischen 23,6 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 14,8 % (Berlin) erreichen konnte. Die Anzahl der für die PDS abgegebenen Zweitstimmen hat sich gegenüber der vorhergehenden Wahl annähernd verdoppelt. Die übrigen 18 bei der Bundestagswahl 1994 um Stimmen werbenden Parteien und politischen Vereinigungen erreichten zusammen einen Anteil von 3,6 % an den gültigen Zweitstimmen.

Der 13. Deutsche Bundestag besteht wegen der hohen Zahl von 16 Überhangmandaten aus 672 anstatt 656 Abgeordneten. Auf CDU/CSU entfallen einschließ-

lich ihrer 12 Überhangmandate 294 Sitze, 25 weniger als 1990. Der Koalitionspartner F.D.P. errang bei der Wahl am 16. Oktober 47 Sitze, 32 weniger als vier Jahre zuvor. Auf die SPD entfielen 252 Sitze, vier davon als Überhangmandate. Damit gewannen die Sozialdemokraten gegenüber der vorhergehenden Wahl 13 Mandate hinzu. Die GRÜNE verbesserten 1994 ihr Ergebnis gegenüber 1990 um 41 auf nunmehr 49 Sitze. Die wegen der vier in Berlin gewonnenen Direktmandate in die Sitzverteilung gekommene PDS erhielt 30 Sitze, 13 mehr als 1990. Fünf Abgeordnete der Partei kamen dabei über die Landeslisten alter Bundesländer ins Parlament.

Aus Rheinland-Pfalz kommen insgesamt 33 Abgeordnete. Von diesen gehören 15 der CDU an, 14 der SPD und je zwei der F.D.P. und den GRÜNE.

Zweitstimmenanteile der Parteien 1994 und 1990 nach Ländern

Land	Jahr	CDU/CSU	SPD	F.D.P.	GRÜNE ¹⁾	PDS	Sonstige
Schleswig-Holstein	1994	41,5	39,6	7,4	8,3	1,1	2,0
	1990	43,5	38,5	11,4	4,0	0,3	2,2
Hamburg	1994	34,9	39,7	7,2	12,6	2,2	3,3
	1990	36,6	41,0	12,0	5,8	1,1	3,5
Niedersachsen	1994	41,3	40,6	7,7	7,1	1,0	2,4
	1990	44,3	38,4	10,3	4,5	0,3	2,3
Bremen	1994	30,2	45,5	7,2	11,1	2,7	3,3
	1990	30,9	42,5	12,8	8,3	1,1	4,4
Nordrhein-Westfalen	1994	38,0	43,1	7,6	7,4	1,0	2,8
	1990	40,5	41,1	11,0	4,3	0,3	2,8
Hessen	1994	40,7	37,2	8,1	9,3	1,1	3,7
	1990	41,3	38,0	10,9	5,6	0,4	3,9
Rheinland-Pfalz	1994	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	3,1
	1990	45,6	36,1	10,4	4,0	0,2	3,7
Baden-Württemberg	1994	43,3	30,7	9,9	9,6	0,8	5,7
	1990	46,5	29,1	12,3	5,7	0,3	6,2
Bayern	1994	51,2	29,6	6,4	6,3	0,5	5,9
	1990	51,9	26,7	8,7	4,6	0,2	8,0
Saarland	1994	37,2	48,8	4,3	5,8	0,7	3,2
	1990	38,1	51,2	6,0	2,3	0,2	2,3
Berlin	1994	31,4	34,0	5,2	10,2	14,8	4,4
	1990	39,4	30,6	9,1	7,2	9,7	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	1994	38,5	28,8	3,4	3,6	23,6	2,1
	1990	41,2	26,5	9,1	5,9	14,3	3,0
Brandenburg	1994	28,1	45,1	2,6	2,9	19,3	2,0
	1990	36,3	32,9	9,7	6,6	11,0	3,4
Sachsen-Anhalt	1994	38,8	33,4	4,1	3,6	18,0	2,1
	1990	38,6	24,7	19,7	5,3	9,4	2,3
Thüringen	1994	41,0	30,2	4,1	4,9	17,2	2,5
	1990	45,2	21,9	14,6	6,1	8,3	3,8
Sachsen	1994	48,0	24,3	3,8	4,8	16,7	2,4
	1990	49,5	18,2	12,4	5,9	9,0	5,0
Bundesgebiet	1994	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4	3,6
	1990	43,8	33,5	11,0	5,1	2,4	4,2
alte Bundesländer ²⁾	1994	42,2	37,6	7,7	7,8	0,9	3,8
	1990	44,2	35,9	10,6	4,7	0,3	4,3
neue Bundesländer ²⁾	1994	40,3	31,3	3,7	4,1	18,3	2,3
	1990	43,4	23,6	13,4	5,9	9,9	3,8

1) 1990: BÜNDNIS 90 / GRÜNE. – 2) Ohne Berlin.

16 Wahlkreise, 11 Landeslisten und 245 Bewerber in Rheinland-Pfalz

Das Ergebnis der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz wurde von den Wahlvorständen in 4 826 Wahlbezirken und den bei den Kreisverwaltungen und Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte eingesetzten 403 Briefwahlvorständen ermittelt sowie von den 16 Kreiswahlausschüssen und dem Landeswahlausschuß überprüft und amtlich festgestellt.

Die Durchführung einer repräsentativen Wahlstatistik wurde für die Wahl am 16. Oktober kurzfristig ausgesetzt, so daß auf die sonst übliche Darstellung des Wählerverhaltens nach Alter und Geschlecht verzichtet werden muß. Ersatzweise wird eine kurze Darstellung der rheinland-pfälzischen Wahlanalyse gegeben.

Von den insgesamt 328 Bundestagswahlkreisen liegen 16 in Rheinland-Pfalz. Sechs Landkreise werden durch Wahlkreisgrenzen durchschnitten. Die Landkreise Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz und der Rhein-Hunsrück-Kreis sind jeweils auf zwei, der Landkreis Ludwigshafen auf drei Wahlkreise aufgeteilt.

Für die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 wurden vom Landeswahlausschuß die Landeslisten der folgenden elf Parteien zugelassen:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. Freie Demokratische Partei (F.D.P.)
4. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (GRÜNE)
5. DIE REPUBLIKANER (REP)
6. Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)
7. DIE GRAUEN -Graue Panther- (GRAUE)
8. DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)
9. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
10. Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
11. STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)

Während CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNE in allen Wahlkreisen Wahlkreiskandidaten aufgestellt hatten, kandidierten Bewerber der REP in elf, der PDS und der GRAUEN jeweils in einem, der NATURGESETZ-PARTEI in zehn und der ÖDP in sieben Wahlkreisen. MLPD und STATT Partei hatten keine Wahlkreisbewerber nominiert. Zusätzlich zu den Parteien, die mit Landeslisten an der Wahl teilnahmen, kandidierten Bewerber der CM (CHRISTLICHE MITTE Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten) und der PBC (Partei Bibeltreuer Christen) in mehreren Wahlkreisen, der Bürgerrechtsbewegung Solidarität nur im Wahlkreis 155 Worms.

Von den insgesamt 245 Bewerbern, die sich 1994 um ein Bundestagsmandat bewarben, waren 76 Personen oder 31 % Frauen. Fast 33 % der Bewerber gehörten der Altersgruppe 40 bis 50 Jahre an, jeweils rund 23 % waren 30 bis 40 bzw. 50 bis 60 Jahre alt.

Sitzverteilung im Bundestag 1994 und 1990

Land	Jahr	CDU/ CSU	SPD	F.D.P.	GRÜNE ¹⁾	PDS
Schleswig-Holstein	1994	10	10	2	2	-
	1990	11	10	3	-	-
Hamburg	1994	5	6	1	2	-
	1990	6	6	2	-	-
Niedersachsen	1994	28	28	5	5	1
	1990	31	27	7	-	-
Bremen	1994	2	3 ⁴⁾	-	1	-
	1990	2	3	1	-	-
Nordrhein-Westfalen	1994	58	66	12	11	1
	1990	63	65	17	-	1
Hessen	1994	20	19	4	5	1
	1990	22	20	6	-	-
Rheinland-Pfalz	1994	15	14	2	2	-
	1990	17	13	4	-	-
Baden-Württemberg	1994	37 ³⁾	25	8	8	1
	1990	39	24	10	-	-
Bayern	1994	50	29	6	6	1
	1990	51	26	9	-	-
Saarland	1994	4	5	-	-	-
	1990	4	6	1	-	-
Berlin	1994	9	9	2	3	4
	1990	12	9	3	1	3
Mecklenburg-Vorpommern	1994	7 ³⁾	4	1	-	3
	1990	8 ²⁾	4	1	1	2
Brandenburg	1994	6	12 ⁴⁾	1	-	4
	1990	8	7	2	2	3
Sachsen-Anhalt	1994	10 ³⁾	7	1	1	4
	1990	12 ²⁾	6	5	1	2
Thüringen	1994	12 ³⁾	6	1	1	4
	1990	12 ²⁾	5	3	1	2
Sachsen	1994	21 ³⁾	9	1	2	6
	1990	21	8	5	2	4
Bundesgebiet	1994	294	252	47	49	30
	1990	319	239	79	8	17
alte Bundesländer ⁵⁾	1994	229	205	40	42	5
	1990	246	200	60	-	1
neue Bundesländer ⁵⁾	1994	56	38	5	4	21
	1990	61	30	16	7	13

1) 1990: BÜNDNIS 90/GRÜNE. - 2) Einschl. Überhangmandate in MV: 2, LSA: + 3 und TH: 1. - 3) Einschl. Überhangmandate in BW: 2, MV: 2, ST: 2, TH: 3 und SN: 3. - 4) Einschl. Überhangmandate in HB: 1 und BB: 3. - 5) Ohne Berlin.

In den elf Landeslisten waren insgesamt 203 Bewerber aufgeführt. In den Wahlkreisen standen 103 Kandidaten zur Wahl, von denen 61 auch auf den Landeslisten nominiert waren (Doppelbewerber).

Zahl der Wahlberechtigten rund 50 000 höher als 1990

Am 16. Oktober 1994 waren 2 985 384 Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt, rund 50 000 oder 1,7 % mehr als 1990. Von den Wahlberechtigten gaben 2 456 152 Bürger ihre Stimme ab. Daraus errechnete sich eine Wahlbeteiligung von 82,3 %, vier Jahre zuvor lag sie mit 81,7 % etwas niedriger. Trotz des geringfügigen Anstiegs der Wahlteilnahme lag auch der Wert der jetzigen Wahl noch deutlich unter den Ergebnissen früherer Bundestagswahlen. Von den abgegebenen Erststim-

Landesergebnis der Bundestagswahlen 1994 und 1990

	1994				1990			
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 985 384		2 985 384		2 935 588		2 935 588	
Wähler	2 456 152		2 456 152	82,3	2 397 054		2 397 054	81,7
Ungültige Stimmen	44 427	1,8	29 920	1,2	45 307	1,9	33 335	1,4
Gültige Stimmen	2 411 725	98,2	2 426 232	98,8	2 351 747	98,1	2 363 719	98,6
CDU	1 132 006	46,9	1 061 643	43,8	1 098 953	46,7	1 078 796	45,6
SPD	974 959	40,4	955 383	39,4	900 973	38,3	853 144	36,1
F.D.P.	88 872	3,7	168 475	6,9	168 221	7,2	245 283	10,4
GRÜNE	151 182	6,3	150 630	6,2	114 467	4,9	95 596	4,0
REP	39 381	1,6	45 265	1,9	38 223	1,6	40 910	1,7
PDS Linke Liste	1 181	0,0	15 135	0,6	-	-	4 263	0,2
DIE GRAUEN	1 476	0,1	9 336	0,4	5 367	0,2	21 279	0,9
NATURGESETZ	8 631	0,4	6 005	0,2	-	-	-	-
MLPD	-	-	328	0,0	-	-	-	-
ÖDP	9 804	0,4	8 524	0,4	15 413	0,7	12 006	0,5
STATT Partei	-	-	5 508	0,2	-	-	-	-
Solidarität	332	0,0	-	-	-	-	-	-
CM	831	0,0	-	-	1 396	0,1	4 469	0,2
PBC	3 070	0,1	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	8 734	0,4	7 973	0,3

men waren gut 44 400 (1,8 %), von den Zweitstimmen nur rund 29 900 oder 1,2 % ungültig. Diese Anteile entsprachen auch in etwa dem Bundesdurchschnitt.

Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen

Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit 83,8 % im Wahlkreis 161 Südpfalz registriert. Mit 83,6 bzw. 83,4 % fiel die Wahlteilnahme in den Wahlkreisen 156 Frankenthal und 158 Neustadt-Speyer nur geringfügig niedriger aus. Über dem Landesdurchschnitt von 82,3 % lagen auch noch die Wahlkreise 146 Neuwied (82,4 %), 148 Koblenz und 149 Cochem mit jeweils 82,7 % sowie 153 Montabaur und 154 Mainz, in denen jeweils 82,9 % der Wahlberechtigten zur Urne gingen. Die relativ wenigsten Wähler gaben im Wahlkreis 159 Kaiserslautern ihre Stimme ab. Hier lag die Wahlbeteiligung 1994 bei 80,6 %, auch 1990 lag dieser Wahlkreis mit 80,2 % am Ende der Skala. An zweitletzter Stelle stand 1994 der

Wahlkreis 150 Kreuznach mit einer Quote von 80,8 %. Den gleichen Rang hatte dieser Wahlkreis, zusammen mit zwei anderen, bereits vor vier Jahren eingenommen. Im Vergleich mit der vorhergehenden Bundestagswahl hat die Wahlbeteiligung in allen Wahlkreisen, mit Ausnahme von 149 Cochem, zugenommen. Am deutlichsten fiel der Anstieg im Wahlkreis 148 Koblenz mit 1,8 Prozentpunkten aus.

In städtischen und ländlichen Gebieten war das Interesse der Bürger an der Bundestagswahl vom 16. Oktober recht unterschiedlich. So lag von den 12 kreisfreien Städten des Landes nur Neustadt an der Weinstraße mit einer Wahlbeteiligung von 82,8 % über dem Landesdurchschnitt (82,3 %). Die übrigen Städte verzeichneten zum Teil erheblich niedrigere Anteile. In Pirmasens gaben weniger als drei Viertel der Wahlberechtigten (73,9 %) ihre Stimme ab. Auch in Kaiserslautern (76,3 %) und Worms (77,4 %) lag die Wahlbeteiligung nicht wesentlich höher. Gegenüber der Wahl von 1990 ist allerdings in allen kreisfreien Städten, mit Ausnahme der Stadt Neustadt an der Weinstraße, eine, wenn auch teilweise geringe, Zunahme der Wahlbeteiligung zu verzeichnen.

Von den 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz lagen 16 mit ihrer Wahlteilnahme über dem Landesmittelwert. Das größte Interesse an der Wahl zeigten mit 87 % die Bürger des Landkreises Ludwigshafen. Auf den nächsten Plätzen folgen die Landkreise Pirmasens (85,5 %), Südliche Weinstraße (85,1 %) und Mainz-Bingen mit 85 %. Die niedrigste Wahlbeteiligung aller Landkreise wurde in Birkenfeld mit 79,2 % festgestellt. Es folgen die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Bitburg-Prüm mit 81,3 und 81,4 %. Der Vergleich mit der vorhergehenden Bundestagswahl ergibt in 14 der 24 Landkreise eine Zunahme der Wahlbeteiligung, in drei Fällen blieben die Anteilswerte unverändert und in sieben Landkreisen war eine Abnahme zu verzeichnen. Den größten Rück-

Zweitstimmen der Parteien bei den Bundestagswahlen 1949 – 1994

Jahr	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	REP	Sonstige
	Anteil in %					
1949	49,0	28,6	15,8	-	-	6,6
1953	52,1	27,2	12,1	-	-	8,6
1957	53,7	30,4	9,8	-	-	6,1
1961	48,9	33,5	13,2	-	-	4,4
1965	49,3	36,7	10,2	-	-	3,8
1969	47,8	40,1	6,3	-	-	5,8
1972	45,9	44,9	8,1	-	-	1,1
1976	49,9	41,7	7,6	-	-	0,8
1980	45,6	42,8	9,8	1,4	-	0,5
1983	49,6	38,4	7,0	4,5	-	0,5
1987	45,1	37,1	9,1	7,5	-	1,3
1990	45,6	36,1	10,4	4,0	1,7	2,1
1994	43,8	39,4	6,9	6,2	1,9	1,9

gang bei der Wahlteilnahme hatte mit 1,5 Prozentpunkten der Landkreis Cochem-Zell, den höchsten Anstieg (1,7 Prozentpunkte) der Rhein-Lahn-Kreis.

CDU-Verluste und SPD-Gewinne auf Landesebene

Bei der Wahl am 16. Oktober 1994 erhielt die CDU in Rheinland-Pfalz 1 061 643 der gültigen Zweitstimmen. Ihr Anteil ging gegenüber 1990 um 1,8 Prozentpunkte auf 43,8 % zurück. Dies war das niedrigste Ergebnis, das die Partei in Rheinland-Pfalz jemals bei einer Bundestagswahl erreichte, dennoch erzielten die Christdemokraten damit hinter Sachsen (48 %) das zweitbeste Ergebnis aller Bundesländer. Mit diesem Ergebnis blieb die CDU in Rheinland-Pfalz stärkste Partei, ihr Vorsprung bei den Zweitstimmen gegenüber der SPD ging allerdings von rund 226 000 im Jahre 1990 auf nunmehr 106 000 zurück. Die SPD erhielt bei der jetzigen Wahl 39,4 % der Zweitstimmen und verbesserte sich damit um 3,3 Prozentpunkte gegenüber 1990. Die Differenz zwischen den Zweitstimmenanteilen der beiden großen Parteien verringerte sich von 9,5 auf nunmehr 4,4 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Europawahl vom 12. Juni 1994 konnten CDU und SPD ihre Stimmenanteile verbessern, die CDU um 3,1 und die SPD um 1,2 Prozentpunkte. Mit dem am 16. Oktober 1994 erzielten Zweitstimmenanteil lagen die Sozialdemokraten, wie bereits 1990, an achter Stelle aller Bundesländer.

Die F.D.P. mußte in Rheinland-Pfalz, wie auch auf Bundesebene, deutliche Verluste hinnehmen. Sie erreichte 1994 noch 6,9 % der Zweitstimmen, vier Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 10,4 %. Mit dem jetzt erzielten Zweitstimmenanteil, der genau dem Bundesdurchschnitt entsprach, lagen die Freidemokraten in Rheinland-Pfalz an neunter Stelle aller Bundesländer. Innerhalb der alten Bundesländer schnitt die Partei nur in

Bayern und im Saarland sowie in Gesamt-Berlin schlechter ab.

Die GRÜNEN erhielten 150 630 Zweitstimmen, rund 55 000 mehr als vier Jahre zuvor. Sie verbesserten damit ihr Zweitstimmenergebnis in Rheinland-Pfalz von 4 % im Jahre 1990 auf jetzt 6,2 %, blieben aber unter dem Bundesdurchschnitt von 7,3 %. Gegenüber der Europawahl 1994 erlitt die Partei einen Verlust von 2,5 Prozentpunkten.

Die übrigen sieben mit Landeslisten angetretenen Parteien blieben jeweils weit unter der 5 %-Sperrklausel. Mit einem Stimmenanteil von 1,9 % (1990: 1,7 %) erreichten die REPUBLIKANER das höchste Ergebnis, gefolgt von der PDS, die aber mit 0,6 % aller Zweitstimmen weit unter dem von den neuen Ländern wesentlich beeinflussten Bundesergebnis (4,4 %) blieb.

SPD gewinnt in allen Wahlkreisen Stimmen hinzu

Die CDU erzielte 1994 mit einem Zweitstimmenanteil von 52,7 % ihr bestes Ergebnis im Wahlkreis 151 Bitburg. Der Anteilswert lag aber 2,5 Prozentpunkte niedriger als 1990. Ebenfalls mehr als die Hälfte der Stimmen konnten die Christdemokraten in den Wahlkreisen 149 Cochem (50,9 %) und 147 Ahrweiler (50,1 %) für sich verbuchen. Im Wahlkreis Ahrweiler mußte die Partei allerdings mit 3,1 Prozentpunkten auch den zweithöchsten Rückgang ihres Stimmenanteils hinnehmen. Am Stimmenanteil gemessen hatte die CDU ihre größten Verluste im Wahlkreis 160 Pirmasens. Dort ging ihr Anteil an den Zweitstimmen um 3,7 Prozentpunkte auf 42,8 % zurück. Einen Zuwachs des Stimmenanteils gegenüber 1990 erzielte die CDU nur im Wahlkreis 155 Worms. Dieser fiel mit 0,4 Prozentpunkten gering aus, bewirkte aber, daß der Wahlkreis hinsichtlich des CDU-

Landesergebnis der Bundestagswahlen 1994 und 1990 nach Brief- und Urnenwahl (Zweitstimmen)

	1994				1990			
	Briefwahl		Urnenwahl		Briefwahl		Urnenwahl	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wähler	418 750	17,0	2 037 402	83,0	241 806	10,1	2 155 248	89,9
Ungültige Stimmen	2 510	0,6	27 410	1,3	1 660	0,7	31 675	1,5
Gültige Stimmen	416 240	99,4	2 009 992	98,7	240 146	99,3	2 123 573	98,5
CDU	193 816	46,6	867 827	43,2	115 109	47,9	963 687	45,4
SPD	137 686	33,1	817 697	40,7	77 547	32,3	775 597	36,5
F.D.P.	35 536	8,5	132 939	6,6	25 882	10,8	219 401	10,3
GRÜNE	33 851	8,1	116 779	5,8	12 349	5,1	83 247	3,9
REP	6 076	1,5	39 189	1,9	3 441	1,4	37 469	1,8
PDS Linke Liste	3 117	0,7	12 018	0,6	696	0,3	3 567	0,2
DIE GRAUEN	2 002	0,5	7 334	0,4	2 471	1,0	18 808	0,9
NATURGESETZ	1 133	0,3	4 872	0,2	-	-	-	-
MLPD	41	0,0	287	0,0	-	-	-	-
ÖDP	1 820	0,4	6 704	0,3	1 416	0,6	10 590	0,5
STATT Partei	1 162	0,3	4 346	0,2	-	-	-	-
Solidarität	-	-	-	-	-	-	-	-
CM	-	-	-	-	538	0,2	3 931	0,2
PBC	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	-	-	697	0,3	7 276	0,3

Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1990 und 1994
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Bundestagswahl 1994 (Zweitstimmen)			Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen)			Europawahl 1994		
	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung
		%	%-Punkte		%	%-Punkte		%	%-Punkte
Rheinland-Pfalz	CDU	43,8	4,4	CDU	45,6	9,5	CDU	40,7	2,5
Wahlkreise									
146 Neuwied	CDU	44,2	3,2	CDU	46,8	10,4	CDU	42,1	2,2
147 Ahrweiler	CDU	50,1	15,9	CDU	53,2	23,4	CDU	48,8	15,0
148 Koblenz	CDU	46,6	8,7	CDU	48,2	14,6	CDU	45,3	9,0
149 Cochem	CDU	50,9	18,1	CDU	53,0	24,4	CDU	49,0	16,8
150 Kreuznach	SPD	44,0	4,9	SPD	41,4	1,1	SPD	43,3	7,9
151 Bitburg	CDU	52,7	20,0	CDU	55,2	27,7	CDU	51,8	20,2
152 Trier	CDU	44,8	5,2	CDU	46,8	10,0	CDU	43,6	6,4
153 Montabaur	CDU	43,4	1,2	CDU	46,2	9,7	CDU	40,9	0,2
154 Mainz	CDU	40,9	4,4	CDU	41,2	5,8	CDU	37,9	3,6
155 Worms	SPD	42,4	4,4	SPD	41,8	4,2	SPD	41,5	8,1
156 Frankenthal	SPD	43,2	3,5	CDU	41,2	0,9	SPD	43,3	9,7
157 Ludwigshafen	CDU	40,9	0,1	CDU	41,7	1,5	SPD	41,6	5,9
158 Neustadt-Speyer	CDU	46,5	11,9	CDU	47,9	15,1	CDU	41,6	7,3
159 Kaiserslautern	SPD	46,7	9,0	SPD	44,0	3,9	SPD	44,7	11,2
160 Pirmasens	CDU	42,8	1,1	CDU	46,5	9,6	CDU	39,2	0,2
161 Südpfalz	CDU	45,1	8,2	CDU	47,3	14,4	CDU	41,9	6,8
Regierungsbezirke									
Koblenz	CDU	45,2	5,2	CDU	47,4	12,3	CDU	43,0	4,6
Trier	CDU	48,7	12,7	CDU	51,0	19,1	CDU	47,6	13,4
Rheinhausen-Pfalz	CDU	41,4	1,2	CDU	42,8	4,8	SPD	39,0	1,8
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	CDU	44,4	6,1	CDU	45,6	10,1	CDU	38,8	0,1
Kaiserslautern	SPD	42,7	4,1	CDU	40,8	0,2	SPD	40,8	6,5
Koblenz	CDU	44,6	5,1	CDU	45,7	11,3	CDU	42,9	5,6
Landau in der Pfalz	CDU	41,2	2,9	CDU	43,1	7,7	CDU	38,1	0,6
Ludwigshafen a. Rhein	SPD	42,2	2,3	SPD	41,7	0,7	SPD	42,7	7,8
Mainz	CDU	39,9	4,4	CDU	40,1	4,6	CDU	37,5	5,1
Neustadt a. d. Weinstraße	CDU	47,8	15,1	CDU	48,9	18,1	CDU	44,3	12,5
Pirmasens	SPD	44,5	4,1	CDU	43,1	2,6	SPD	42,5	6,2
Speyer	CDU	43,2	6,3	CDU	44,6	9,4	CDU	37,5	0,4
Trier	CDU	41,8	2,2	CDU	44,1	6,5	CDU	41,3	5,0
Worms	SPD	42,5	4,2	SPD	41,1	1,9	SPD	40,9	5,7
Zweibrücken	SPD	47,6	12,1	SPD	43,7	6,1	SPD	46,3	15,9
Landkreise									
Ahrweiler	CDU	53,0	23,9	CDU	57,2	33,2	CDU	52,1	23,9
Altenkirchen (Ww.)	CDU	44,9	3,7	CDU	48,2	12,2	CDU	42,8	3,2
Alzey-Worms	SPD	43,7	6,9	SPD	43,5	7,5	SPD	43,0	11,3
Bad Dürkheim	CDU	42,8	4,3	CDU	44,0	7,3	SPD	38,6	1,3
Bad Kreuznach	SPD	43,2	3,5	SPD	40,6	-	SPD	42,6	7,0
Berncastel-Wittlich	CDU	50,5	17,2	CDU	53,5	25,8	CDU	49,0	17,4
Birkenfeld	SPD	45,5	7,4	SPD	42,8	2,9	SPD	44,6	9,6
Bitburg-Prüm	CDU	50,7	16,1	CDU	53,1	23,5	CDU	50,0	16,3
Cochem-Zell	CDU	59,7	32,7	CDU	61,7	39,3	CDU	58,8	31,8
Daun	CDU	56,7	27,2	CDU	58,9	34,1	CDU	55,3	26,3
Donnersbergkreis	SPD	48,0	12,5	SPD	44,4	7,0	SPD	47,1	17,7
Germersheim	CDU	45,4	8,2	CDU	48,3	15,5	CDU	42,3	7,3
Kaiserslautern	SPD	43,4	0,8	CDU	45,3	5,4	SPD	41,5	3,3
Kusel	SPD	55,6	25,5	SPD	53,2	20,4	SPD	52,9	26,7
Ludwigshafen	CDU	45,7	9,4	CDU	47,0	12,3	CDU	40,2	3,0
Mainz-Bingen	CDU	41,4	3,1	CDU	41,5	5,1	CDU	37,4	0,1
Mayen-Koblenz	CDU	47,0	7,8	CDU	48,8	13,4	CDU	45,6	6,9
Neuwied	CDU	43,7	2,9	CDU	45,8	9,1	CDU	41,6	1,5
Pirmasens	CDU	46,1	7,5	CDU	50,7	17,4	CDU	42,8	7,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	46,0	9,8	CDU	47,4	13,7	CDU	43,6	7,9
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	47,2	8,8	CDU	41,2	0,2	SPD	45,3	9,6
Südliche Weinstraße	CDU	46,1	9,9	CDU	47,7	15,5	CDU	42,8	8,5
Trier-Saarburg	CDU	46,9	7,3	CDU	48,7	12,5	CDU	45,1	7,3
Westerwaldkreis	CDU	46,8	8,0	CDU	49,7	16,2	CDU	44,3	6,7
Ausgewählte kreisangehörige Städte									
Andernach	CDU	47,0	8,7	CDU	48,3	12,7	CDU	44,2	5,0
Bad Kreuznach	CDU	40,3	0,8	CDU	41,1	3,1	CDU	38,3	1,0
Bad Neuenahr-Ahrweiler	CDU	54,4	27,6	CDU	57,9	35,7	CDU	53,7	27,8
Bingen am Rhein	CDU	46,4	11,2	CDU	47,1	13,1	CDU	42,5	7,5
Idar-Oberstein	SPD	45,7	8,5	SPD	42,3	2,7	SPD	43,7	8,6
Ingelheim am Rhein	CDU	39,6	1,2	CDU	39,8	4,5	SPD	36,7	1,1
Lahnstein	SPD	48,6	9,4	CDU	44,8	6,1	SPD	43,8	4,1
Mayen	CDU	44,4	2,6	CDU	43,9	2,6	CDU	42,6	-
Neuwied	SPD	46,6	7,9	SPD	43,3	3,5	SPD	46,6	10,9

Ergebnisses vom letzten Platz 1990 jetzt auf den zweit-
letzten Platz in der Reihe aller Wahlkreise des Landes
vorrückte.

Die SPD verbesserte ihren Zweitstimmenanteil in allen
Wahlkreisen. Sie erreichte 1994 mit 46,7 % ihren höch-
sten Stimmenanteil im Wahlkreis 159 Kaiserslautern. Es
folgen die Wahlkreise 150 Kreuznach (44 %) und 156
Frankenthal mit 43,2 %. Im letztgenannten Wahlkreis
konnte die Partei auch die relative Mehrheit von der CDU
zurückgewinnen. Am schlechtesten schnitten die Sozi-
aldemokraten in den Wahlkreisen 151 Bitburg und 149
Cochem ab, wo sie 32,7 bzw. 32,8 % der gültigen Zwei-
stimmen erhielten. Gleichzeitig aber verbesserte die
Partei ihren Stimmenanteil im Wahlkreis Bitburg gegen-
über 1990 um 5,2 Prozentpunkte, die zweithöchste
Zuwachsrate aller Wahlkreise. Diese wurde nur noch im
Wahlkreis 153 Montabaur übertroffen. Dort erhöhte sich
der Zweitstimmenanteil der SPD gegenüber 1990 um
5,7 Prozentpunkte auf jetzt 42,2 %.

Die F.D.P. erzielte ihre besten Ergebnisse in den
Wahlkreisen 154 Mainz und 149 Cochem. Hier erreichte
die Partei Zweitstimmenanteile von 8,7 und 8,2 %. Am
wenigsten Erfolg hatten die Freidemokraten in den
Wahlkreisen 152 Trier (5,7 %) und 159 Kaiserslautern
(5,3 %). Hochburgen der GRÜNEN waren die Wahl-
kreise 154 Mainz (9,5 %), 155 Worms (7,4 %) und 152
Trier mit 7 %. Die geringste Resonanz fand diese Partei
im Wahlkreis 160 Pirmasens. Dort erhielt sie 4,7 % der
Zweitstimmen.

**CDU-Mehrheiten in sieben, SPD-Übergewicht in fünf
kreisfreien Städten**

In 7 der 12 kreisfreien Städte war die CDU am
16. Oktober 1994 stärkste Partei, in zwei Städten, Kai-
serslautern und Pirmasens, verlor sie diese 1990 errun-
gene Position an die Sozialdemokraten. Ihr bestes
Ergebnis erzielten die Christdemokraten 1994 in Neu-
stadt an der Weinstraße mit 47,8 %. Ebenfalls über dem
Landesdurchschnitt liegende Zweitstimmenanteile er-
reichte die CDU in den Städten Koblenz (44,6 %) und
Frankenthal (44,4 %). Am niedrigsten war ihr Stimmen-
anteil von 35,5 % in Zweibrücken, einer Hochburg der
SPD. Dort konnte die sozialdemokratische Partei 47,6 %
der Zweitstimmen auf sich vereinen, das beste Ergebnis
in allen kreisfreien Städten des Landes. Auch in fünf
weiteren Städten lag das Ergebnis der SPD über dem
Landeswert dieser Partei. Mit einem Stimmenanteil von
32,7 % fanden die Sozialdemokraten die geringste
Resonanz in der CDU-Hochburg Neustadt an der Wein-
straße. Auf der zweitletzten Position unter den kreis-
freien Städten stand für die SPD die Landeshauptstadt
Mainz, in der 35,5 % der Zweitstimmen an die Sozialde-
mokraten fielen. Während die SPD in allen kreisfreien
Städten gegenüber 1990 ihren Stimmenanteil verbes-
sern bzw. halten konnte, mußten die Christdemokraten
in allen Städten Verluste hinnehmen. Den höchsten
Zuwachs des Stimmenanteils hatte die SPD mit 5,1 Pro-
zentpunkten in Koblenz.

Die Freidemokraten hatten mit 8,7 % Stimmenanteil
ihr bestes Ergebnis in Mainz, ihr schlechtestes mit 5,4 %

in Pirmasens. Den größten Rückgang ihres Stimmenan-
teils (5,4 Prozentpunkte) verzeichnete die Partei in der
Stadt Koblenz. Die GRÜNEN erzielten in 9 der 12 kreis-
freien Städte über dem Landesdurchschnitt liegende
Zweitstimmenanteile. Die höchsten wurden in Mainz mit
10,7 % und Trier mit 9,2 % registriert.

**Sozialdemokraten verbessern ihren Stimmenanteil
in allen Landkreisen**

Bei der zurückliegenden Wahl erreichte die CDU in
5 der 24 Landkreise die absolute, in 12 die relative
Mehrheit der Zweitstimmen. Gegenüber 1990 verloren
die Christdemokraten im Landkreis Pirmasens die
absolute Mehrheit, mit 4,6 Prozentpunkten ging hier der
Stimmenanteil am stärksten zurück. In zwei Landkrei-
sen, Rhein-Lahn-Kreis und Kaiserslautern, mußte die
Partei die Stimmenmehrheit an die Sozialdemokraten
abgeben. Ihr bestes Landkreisergebnis erzielte die CDU
mit einem Stimmenanteil von fast 60 % in Cochem-Zell.
Es folgen die Landkreise Daun mit 56,7 % und Ahrweiler
mit 53 %. In dem letztgenannten Landkreis lag der
Anteilswert um 4,2 Prozentpunkte niedriger als 1990,
der zweithöchste Rückgang aller Landkreise. Einen
Anstieg des Zweitstimmenanteils gab es für die CDU nur
im Landkreis Alzey-Worms (0,8 Prozentpunkte), wäh-
rend die Sozialdemokraten ihr Ergebnis gegenüber
1990 in allen Kreisen verbessern konnten. Im Landkreis
Kusel registrierte die SPD mit 55,6 % ihr bestes Ergebnis
und konnte gegenüber 1990 nochmals um 2,4 Prozent-
punkte zulegen. Durch einen Anstieg des Stimmenan-
teils um 3,6 Prozentpunkte konnte die Partei mit 48 % im
Donnersbergkreis ihr zweitbestes Landkreisergebnis
erzielen. Im Rhein-Lahn-Kreis stieg der Stimmenanteil
der SPD im Vergleich zur vorhergehenden Wahl am
stärksten (6,2 Prozentpunkte). Die zweithöchste
Zuwachsrate aller Landkreise hatte die SPD mit 5,6 Pro-
zentpunkten in der CDU-Hochburg Bernkastel-Wittlich.
Mit 0,2 Prozentpunkten stieg der Zweitstimmenanteil der
Sozialdemokraten im Landkreis Alzey-Worms am
geringsten, einem Landkreis mit einem bereits weit über
dem Landeswert der SPD (39,4 %) liegenden Stimmen-
anteil von 43,7 %.

Im Landkreis Ahrweiler erreichte die F.D.P. mit 9 %
ihren höchsten Anteil an Zweitstimmen in allen Land-
kreisen, trotz eines Rückgangs um 3,2 Prozentpunkte.
Es folgte der Rhein-Hunsrück-Kreis. Hier erhielt die Par-
tei 8,8 % aller Zweitstimmen, gegenüber 1990 ein Rück-
gang um 3,5 Prozentpunkte. Die GRÜNEN, die ihre
Hochburgen in erster Linie in den Städten haben, ver-
zeichneten in 6 der 24 Landkreise über dem Landeswert
von 6,2 % liegende Stimmenanteile. Das beste Ergebnis
erreichte diese Partei mit 8 bzw. 7,4 % in den Landkrei-
sen Mainz-Bingen und Alzey-Worms. Am wenigsten
Interesse bei den Bürgern weckten die GRÜNEN im
Landkreis Cochem-Zell. Dort konnten sie 4,4 % der gül-
tigen Zweitstimmen auf sich vereinen.

**Strukturelle Merkmale mitbestimmend für das Wahl-
ergebnis**

Im Anschluß an die Bundestagswahl vom 16. Oktober
1994 wurde auf der Grundlage von Daten der kreisfreien

Städte und Landkreise eine Wahlanalyse durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen die Abhängigkeit der Wahlergebnisse von demographischen, ökonomischen und konfessionellen Strukturen auf. So erreichte die CDU ihre höchsten Zweitstimmenanteile in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte, hohem Anteil von in der Landwirtschaft tätigen Personen und hohem Katholikenanteil. Es sind dies in erster Linie die Landkreise des Regierungsbezirks Trier sowie die Kreise Cochem-Zell und Ahrweiler. In diesen Gebieten fiel allerdings auch der Rückgang des Zweitstimmenanteils gegenüber der Wahl von 1990 überdurchschnittlich aus. In diesen CDU-Hochburgen konnten die Sozi-

aldemokraten 1994 über dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten verbuchen, während die Zugewinne in ihren eigenen Hochburgen deutlich geringer ausfielen. Nach der vorliegenden Wahlanalyse werden die Hochburgen der SPD im wesentlichen durch einen niedrigeren Katholikenanteil, durch einen hohen Anteil an Erwerbspersonen im produzierenden Bereich und einen niedrigen in der Landwirtschaft gekennzeichnet. Es sind dies in erster Linie die Städte Ludwigshafen, Pirmasens und Worms, sowie, in nicht ganz so ausgeprägter Form, die Landkreise Altenkirchen, Birkenfeld, Neuwied und Kusel sowie der Donnersbergkreis. Bei der F.D.P. wirken sich die genannten Strukturen nur unwe-

Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteil in Abhängigkeit von politischen und sozialen Strukturen

Strukturmerkmal	Bundestagswahl 1994					Veränderung zur Bundestagswahl 1990				
	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
	%					Prozentpunkte				
Wahlbeteiligung 1994										
niedrig	78,6	40,4	41,8	6,6	6,7	1,4	- 1,7	2,4	- 3,6	2,4
hoch	85,4	46,2	36,9	6,9	6,2	0,1	- 1,8	3,2	- 3,2	2,0
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
CDU-Anteil 1990										
niedrig	81,2	37,5	43,7	7,3	7,2	0,7	- 0,9	1,7	- 3,5	2,5
hoch	82,9	50,5	34,0	7,1	5,3	- 0,1	- 3,1	5,0	- 3,3	1,9
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
SPD-Anteil 1990										
niedrig	83,4	50,1	33,6	7,1	5,6	- 0,1	- 2,9	4,7	- 3,0	1,9
hoch	81,1	37,1	46,0	6,4	6,0	0,9	- 1,4	2,5	- 3,3	2,0
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
F.D.P.-Anteil 1990										
niedrig	82,7	43,8	40,9	5,6	5,3	0,3	- 2,4	3,3	- 2,7	1,8
hoch	82,7	45,2	35,5	8,3	7,4	0,9	- 1,5	3,1	- 4,0	2,6
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
GRÜNE-Anteil 1990										
niedrig	82,0	44,6	40,0	6,7	5,0	0,1	- 3,1	4,3	- 3,0	1,8
hoch	81,6	40,2	39,0	7,8	8,6	1,3	- 0,5	1,3	- 3,7	3,0
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
Katholikenanteil										
niedrig	80,4	37,7	44,7	6,8	6,2	0,8	- 1,4	2,1	- 3,2	2,2
hoch	82,0	49,2	36,0	6,5	5,7	0,2	- 2,2	4,1	- 3,3	2,0
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
Einwohnerdichte										
niedrig	82,5	47,5	36,8	7,1	5,4	- 0,3	- 2,6	4,4	- 3,2	1,8
hoch	79,3	41,2	39,6	6,9	7,7	1,7	- 1,3	1,9	- 3,7	2,7
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe										
niedrig	80,8	45,3	35,6	7,6	7,7	1,2	- 1,8	2,8	- 3,7	2,8
hoch	83,4	42,8	40,8	6,2	5,6	0,5	- 2,4	3,0	- 2,8	1,9
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor										
niedrig	83,5	41,8	41,0	6,4	5,9	0,5	- 2,0	2,6	- 2,9	2,0
hoch	80,4	43,8	36,5	7,7	8,0	1,4	- 1,8	2,6	- 3,8	3,0
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2
Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft										
niedrig	79,3	41,2	39,6	6,9	7,7	1,7	- 1,3	1,9	- 3,7	2,7
hoch	83,6	47,5	36,3	7,0	5,9	0,1	- 1,7	3,6	- 3,2	2,1
Landesdurchschnitt	82,3	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	- 1,8	3,3	- 3,5	2,2

sentlich auf das Wahlergebnis aus. Die einzige nennenswerte Korrelation dürfte darin bestehen, daß diese Partei in Gebieten mit einem niedrigen Anteil von Erwerbspersonen im produzierenden Bereich und einem hohen Anteil im Dienstleistungssektor bessere Zweitstimmenanteile erreichen konnte, als in Regionen mit einem hohen Prozentsatz an Beschäftigten im Produktionsbereich. Die GRÜNEN haben ihre Hochburgen in Gebieten mit größerer Bevölkerungsdichte, einem niedrigen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft und einem hohen Anteil von Erwerbspersonen des Dienstleistungsbereichs. Diese Struktur trifft hauptsächlich auf die städtischen Gebiete des Landes zu.

Die Wahlanalyse läßt keinen eindeutig zu belegenden Einfluß der Höhe der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis der einzelnen Parteien erkennen. Betrachtet man dagegen die Veränderung der Wahlbeteiligung gegenüber 1990, dann zeigt sich, daß in Gebieten mit einem geringen Anstieg der Wahlbeteiligung die CDU überwiegend bessere Ergebnisse erzielen konnte, als in Gebieten mit einer stärkeren Zunahme der Wahlbeteiligung. In diesen Regionen erzielten die Sozialdemokraten im allgemeinen ihre höheren Zweitstimmenanteile. Auch bei der F.D.P. und bei den GRÜNEN war ein etwas besseres Abschneiden in den Gebieten zu verzeichnen, in denen die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1990 überdurchschnittlich zugenommen hat.

Anteil der Briefwähler auf 17 % gestiegen

Bei der Wahl am 16. Oktober 1994 gingen fast 419 000 Bürger zur Stimmabgabe nicht ins Wahllokal, sondern machten von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Mit 17 % wurde der höchste Anteil von Briefwählern bei einer Wahl in Rheinland-Pfalz erreicht. Vor vier Jahren gab jeder zehnte Wähler eine Briefwahlstimme ab.

Wie in früheren Jahren unterschied sich das Briefwahlergebnis auch 1994 vom Urnenwahlergebnis teilweise erheblich. So gaben nur 0,6 % der Briefwähler eine ungültige Stimme ab, bei den Urnenwählern war der Anteil mit 1,3 % gut doppelt so hoch. Auch bei der Verteilung der Briefwahlstimmen auf die einzelnen Parteien sind deutliche Unterschiede festzustellen. Die CDU erhielt von den Briefwählern 46,6 % der Zweitstimmen, 3,4 Prozentpunkte mehr als von den Urnenwählern. Bei der Wahl 1990 war die CDU bei der Briefwahl ebenfalls stärker vertreten als bei der Stimmabgabe im Wahllokal, der Abstand lag aber mit 2,5 Prozentpunkten etwas niedriger. Wie bereits 1990 waren auch bei der jetzigen Briefwahl die Wähler der SPD deutlich unterrepräsentiert. Der Stimmenanteil der SPD betrug 1994 bei den brieflich abgegebenen Stimmen 33,1 %, bei der Urnenwahl lag er mit 40,7 % über dem Gesamtergebnis von 39,4 %. Die Differenz in den Stimmenanteilen bei den beiden Arten der Stimmabgabe hat sich von 4,2 Prozentpunkten im Jahre 1990 auf 7,6 Prozentpunkte erhöht. Sowohl bei der F.D.P. als auch bei den GRÜNEN lag der Stimmenanteil bei den Briefwählern mit 8,5 bzw. 8,1 % über dem der Urnenwähler. Hier kamen die beiden Parteien auf Anteile von 6,6 und 5,8 % der Zweitstimmen.

Stimmenzahl und Stimmenvorsprung der erfolgreichen Kreiswahlvorschläge bei der Bundestagswahl 1990 und 1994

Wahlkreis	1994			1990		
	Stimmenzahl		Stimmenvorsprung	Stimmenzahl		Stimmenvorsprung
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl
CDU-Direktmandate						
151 Bitburg	74 620	57,1	30 781	73 483	57,2	36 631
147 Ahrweiler	76 833	52,9	26 472	77 101	54,2	33 734
149 Cochem	62 175	53,6	24 860	59 636	53,0	26 319
161 Südpfalz	82 146	50,9	24 696	77 115	49,6	23 241
158 Neustadt-Speyer	72 909	49,8	20 103	69 914	48,6	19 245
148 Koblenz	75 318	50,1	15 267	72 231	48,8	17 450
152 Trier	68 627	47,6	10 979	69 564	49,1	17 225
146 Neuwied	88 266	46,9	8 812	87 081	47,8	16 610
153 Montabaur	92 168	47,0	8 175	90 728	48,0	16 436
157 Ludwigshafen	59 363	46,0	3 540	57 230	44,7	1 805
160 Pirmasens	53 206	44,9	3 388	53 648	46,3	9 085
154 Mainz	77 603	41,2	2 276	80 089	43,1	11 349
SPD-Direktmandate						
159 Kaiserslautern	83 364	47,9	12 706	80 439	47,3	12 141
155 Worms	65 032	43,7	5 255	62 611	44,6	8 776
156 Frankenthal	55 378	44,5	2 575	52 514	43,5	2 627
150 Kreuznach	67 300	44,8	1 766	66 719	45,2	7 606

Zwölf Direktmandate für die CDU, vier für die SPD

Zum Gewinn des Direktmandates in einem Wahlkreis ist die einfache Mehrheit der Erststimmen ausreichend. Wie auch bei früheren Wahlen konnten in Rheinland-Pfalz 1994 nur Bewerber der zwei großen Parteien Direktmandate erringen.

Die CDU erreichte zwölf und die SPD vier Direktmandate. Es waren bei beiden Parteien die selben Wahlkreise wie bei der Bundestagswahl 1990. Den höchsten Erststimmenanteil erreichte die CDU im Wahlkreis 151 Bitburg mit 57,1 %. Der Vorsprung gegenüber der SPD belief sich auf knapp 30 800 Stimmen, 1990 betrug der Vorsprung noch gut 36 600 Stimmen. An zweiter Stelle folgte für die Christdemokraten der Wahlkreis 147 Ahrweiler, in dem der Bewerber der CDU mit einem Stimmenanteil von 52,9 % und einem Vorsprung von fast 26 500 Stimmen erfolgreich war. Im Vergleich zu 1990 ist der Vorsprung um rund 7 300 Stimmen geschrumpft. An letzter Stelle der von der CDU gewonnenen Direktmandate steht das im Wahlkreis 154 Mainz. Hier reichten dem Bewerber 41,2 % der Erststimmen zum Gewinn des Mandates, der Vorsprung betrug nicht ganz 2 300 Stimmen. Vor vier Jahren hatte der christdemokratische Kandidat diesen Wahlkreis noch mit einem Vorsprung von über 11 300 Stimmen und einem Stimmenanteil von 43,1 % gewonnen. Bei den vier Direktmandaten der SPD verzeichnete der Wahlkreis 159 Kaiserslautern mit 47,9 % den höchsten Erststimmenanteil, der Vorsprung betrug rund 12 700 Stimmen. Einen Vorsprung von knapp 1 800 Erststimmen hatte der sozialdemokratische Bewerber, der den Wahlkreis 150 Kreuznach mit einem Stimmenanteil von 44,8 % gewann.

Der Erststimmenanteil der CDU stieg im Landesdurchschnitt gegenüber 1990 nur geringfügig um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr 46,9 %. In 9 der 16 Bun-

Stimmenzahl der Erst- und Zweitstimmen sowie Differenz der Erst- zu den Zweitstimmen
bei der Bundestagswahl 1994 nach Wahlkreisen

Wahlkreis	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz der Erst- zu den Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	% - Punkt
CDU						
146 Neuwied	88 266	46,9	83 851	44,2	4 415	2,7
147 Ahrweiler	76 833	52,9	73 305	50,1	3 528	2,7
148 Koblenz	75 318	50,1	70 530	46,6	4 788	3,5
149 Cochem	62 175	53,6	59 787	50,9	2 388	2,6
150 Kreuznach	65 534	43,6	59 079	39,1	6 455	4,5
151 Bitburg	74 620	57,1	69 385	52,7	5 235	4,4
152 Trier	68 627	47,6	65 092	44,8	3 535	2,8
153 Montabaur	92 168	47,0	86 065	43,4	6 103	3,6
154 Mainz	77 603	41,2	77 413	40,9	190	0,3
155 Worms	59 777	40,2	56 761	38,0	3 016	2,2
156 Frankenthal	52 803	42,4	49 601	39,7	3 202	2,7
157 Ludwigshafen	59 363	46,0	52 832	40,9	6 531	5,1
158 Neustadt-Speyer	72 909	49,8	68 290	46,5	4 619	3,3
159 Kaiserslautern	70 658	40,6	65 752	37,7	4 906	3,0
160 Pirmasens	53 206	44,9	51 022	42,8	2 184	2,1
161 Südpfalz	82 146	50,9	72 878	45,1	9 268	5,8
CDU insgesamt	1 132 006	46,9	1 061 643	43,8	70 363	3,2
SPD						
146 Neuwied	79 454	42,2	77 694	41,0	1 760	1,2
147 Ahrweiler	50 361	34,6	49 960	34,2	401	0,5
148 Koblenz	60 051	40,0	57 415	37,9	2 636	2,0
149 Cochem	37 315	32,2	38 540	32,8	- 1 225	- 0,7
150 Kreuznach	67 300	44,8	66 501	44,0	799	0,8
151 Bitburg	43 839	33,6	43 101	32,7	738	0,8
152 Trier	57 648	40,0	57 517	39,6	131	0,4
153 Montabaur	83 993	42,9	83 665	42,2	328	0,6
154 Mainz	75 327	40,0	69 235	36,5	6 092	3,4
155 Worms	65 032	43,7	63 385	42,4	1 647	1,3
156 Frankenthal	55 378	44,5	53 911	43,2	1 467	1,3
157 Ludwigshafen	55 823	43,2	52 797	40,8	3 026	2,4
158 Neustadt-Speyer	52 806	36,1	50 811	34,6	1 995	1,5
159 Kaiserslautern	83 364	47,9	81 494	46,7	1 870	1,2
160 Pirmasens	49 818	42,0	49 678	41,7	140	0,4
161 Südpfalz	57 450	35,6	59 679	36,9	- 2 229	- 1,3
SPD insgesamt	974 959	40,4	955 383	39,4	19 576	1,0
F.D.P.						
146 Neuwied	6 517	3,5	12 976	6,8	- 6 459	- 3,4
147 Ahrweiler	6 673	4,6	11 206	7,7	- 4 533	- 3,1
148 Koblenz	4 731	3,1	10 685	7,1	- 5 954	- 3,9
149 Cochem	8 854	7,6	9 634	8,2	- 780	- 0,6
150 Kreuznach	5 022	3,3	11 389	7,5	- 6 367	- 4,2
151 Bitburg	3 914	3,0	8 935	6,8	- 5 021	- 3,8
152 Trier	3 872	2,7	8 310	5,7	- 4 438	- 3,0
153 Montabaur	7 191	3,7	12 929	6,5	- 5 738	- 2,9
154 Mainz	11 462	6,1	16 414	8,7	- 4 952	- 2,6
155 Worms	5 951	4,0	11 166	7,5	- 5 215	- 3,5
156 Frankenthal	4 018	3,2	8 246	6,6	- 4 228	- 3,4
157 Ludwigshafen	2 595	2,0	8 513	6,6	- 5 918	- 4,6
158 Neustadt-Speyer	4 547	3,1	10 585	7,2	- 6 038	- 4,1
159 Kaiserslautern	4 432	2,5	9 273	5,3	- 4 841	- 2,8
160 Pirmasens	4 404	3,7	7 302	6,1	- 2 898	- 2,4
161 Südpfalz	4 689	2,9	10 912	6,8	- 6 223	- 3,8
F.D.P. insgesamt	88 872	3,7	168 475	6,9	- 79 603	- 3,3
GRÜNE						
146 Neuwied	10 748	5,7	10 221	5,4	527	0,3
147 Ahrweiler	8 197	5,6	7 720	5,3	477	0,4
148 Koblenz	9 220	6,1	9 054	6,0	166	0,2
149 Cochem	6 772	5,8	6 091	5,2	681	0,6
150 Kreuznach	9 424	6,3	8 979	5,9	445	0,3
151 Bitburg	7 121	5,4	7 113	5,4	8	0,0
152 Trier	11 228	7,8	10 209	7,0	1 019	0,8
153 Montabaur	12 662	6,5	10 296	5,2	2 366	1,3
154 Mainz	16 509	8,8	18 077	9,5	- 1 568	- 0,8
155 Worms	11 368	7,6	11 113	7,4	255	0,2
156 Frankenthal	7 586	6,1	7 555	6,0	31	0,0
157 Ludwigshafen	6 366	4,9	8 096	6,3	- 1 730	- 1,3
158 Neustadt-Speyer	9 481	6,5	10 027	6,8	- 546	- 0,3
159 Kaiserslautern	8 811	5,1	9 665	5,5	- 854	- 0,5
160 Pirmasens	5 842	4,9	5 574	4,7	268	0,3
161 Südpfalz	9 847	6,1	10 840	6,7	- 993	- 0,6
GRÜNE insgesamt	151 182	6,3	150 630	6,2	552	0,1

destagswahlkreise lag 1994 der Anteil der Christdemokraten an den gültigen Erststimmen höher als vier Jahre zuvor. Am deutlichsten fiel die Zunahme im Wahlkreis 150 Kreuznach aus. Hier konnte die CDU ihren Erststimmenanteil um 3,5 Prozentpunkte auf jetzt 43,6 % erhöhen, was aber für den Gewinn dieses Wahlkreises nicht ausreichte. In den übrigen sieben Wahlkreisen erhielten die CDU-Direktkandidaten bei der aktuellen Wahl einen niedrigeren Stimmenanteil als 1990. Am deutlichsten fiel der Rückgang im Wahlkreis 154 Mainz aus, wo der Erststimmenanteil 1994 um 1,9 Prozentpunkte unter dem von 1990 lag.

Die SPD konnte ihren Erststimmenanteil bei der Wahl am 16. Oktober 1994 im Landesdurchschnitt gegenüber der vorhergehenden Wahl um 2,1 Prozentpunkte auf 40,4 % erhöhen. Dabei verzeichneten die Sozialdemokraten in 13 der 16 Bundestagswahlkreise Zunahmen, in drei einen Rückgang der Erststimmenanteile. Die größte Zunahme des Anteilswertes hatte die SPD mit 4,9 Prozentpunkten im Wahlkreis 151 Bitburg, der trotzdem von dem CDU-Kandidaten mit einem Stimmenanteil von 57,1 % sicher gewonnen wurde. Für die SPD wurde der höchste Rückgang des Stimmenanteils mit 0,9 Prozentpunkten für den Bewerber im Wahlkreis 155 Worms registriert. Das Ergebnis reichte den Sozialdemokraten aber aus, um in diesem Wahlkreis ihren Direktkandidaten mit 43,7 % durchzubringen.

Die F.D.P. konnte 1994 bei allen 16 Wahlkreisbewerbern nur unter dem Ergebnis von 1990 liegende Erststimmenanteile erreichen. Den höchsten Verlust mußte die Partei im Wahlkreis 150 Kreuznach hinnehmen. Hier lag der aktuelle Anteil an den Erststimmen um 5,1 Prozentpunkte unter dem von 1990. Die Kandidaten der GRÜNEN erhielten 1994 in allen Wahlkreisen höhere Erststimmenanteile als vier Jahre davor. Mit 2,5 Prozentpunkten konnte die Bewerberin dieser Partei im Wahlkreis 152 Trier die deutlichste Erhöhung des Anteils an den Erststimmen erzielen. Hier verzeichnete die Partei mit einem Erststimmenanteil von 7,8 % auch ihr zweitbestes Wahlkreisergebnis. Nur im Wahlkreis 154 Mainz erreichte der grüne Direktkandidat mit 8,8 % ein besseres Erststimmenergebnis.

Überhang der Erststimmen bei der CDU auf fast 70 400 gestiegen

Mit 1 132 006 Erststimmen erhielten die Wahlkreisbewerber der CDU 1994 fast 70 400 Stimmen mehr, als auf die Partei Zweitstimmen entfielen. Vor vier Jahren betrug der Erststimmenüberhang der Partei knapp 20 200. Die SPD konnte bei der jetzigen Wahl 974 959 Erststimmen verbuchen. Das waren rund 19 600 mehr, als für diese Partei an Zweitstimmen gezählt wurden. Bei der Wahl 1990 belief sich dieser Vorsprung noch auf gut 47 800 Stimmen. Ganz anders sah das Ergebnis bei den Freidemokraten aus. Den 168 475 Zweitstimmen dieser Partei standen 1994 nur 88 872 für ihre Wahlkreisbewerber abgegebene Erststimmen gegenüber. Die Differenz betrug rund 79 600 Stimmen. Bei der Wahl 1990 lag sie mit nicht ganz 77 100 Stimmen etwas niedriger, die Neigung der F.D.P.-Wähler, mit ihrer Erststimme den Kandidaten einer anderen Partei zu wählen, war weniger ausgeprägt. Damals erreichten die für einen freidemokrati-

schen Direktkandidaten abgegebenen Stimmen noch einen Anteil von 68,6 %, gemessen an den Zweitstimmen der Partei. Bei der Wahl 1994 lag dieser Prozentsatz mit nur 52,7 % weit niedriger. Bei den GRÜNEN waren 1994 Erst- und Zweitstimmen zahlenmäßig fast ausgewogen, vier Jahre vorher überwogen die für Wahlkreisbewerber abgegebenen Stimmen die Zweitstimmen noch um knapp 18 900.

Die vorliegenden Ergebnisse der Bundestagswahl 1994 lassen wegen der Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik keine Aussage über das Stimmensplitting, d.h. Erst- und Zweitstimme werden an unterschiedliche Parteien vergeben, zu. Es kann daher nicht belegt werden, ob der Erststimmenüberhang der CDU in Höhe von fast 70 400 und der Zweitstimmenüberhang der F.D.P. von rund 79 600 Stimmen im Zusammenhang stehen und ein Ergebnis der Zweitstimmen-Kampagne der Freidemokraten sind.

Im Wahlkreis Mainz erhielt der Direktkandidat der SPD fast 6 100 Stimmen mehr als seine Partei

Das geltende Wahlrecht gibt den Wählern die Möglichkeit, unabhängig von ihrer Präferenz für eine bestimmte Partei, mit der Erststimme einen Kandidaten unter Persönlichkeitsgesichtspunkten zu wählen. Nimmt man den Vorsprung der auf einen Wahlkreisbewerber einer Partei entfallenden Erststimmen im Vergleich zur Zahl der Zweitstimmen dieser Partei als Maßstab der Wertschätzung oder Anziehungskraft des Direktkandidaten, dann kann man daraus eine gewisse Rangfolge ableiten.

Bei der CDU hatte 1994 der Bewerber im Wahlkreis 161 Südpfalz fast 9 300 Erststimmen mehr, als die Partei dort Zweitstimmen erhielt. Der Erststimmenanteil lag 5,8 Prozentpunkte höher als der Anteil der Zweitstimmen. Im Landesdurchschnitt betrug der Abstand nur 3,1 Prozentpunkte. Das zweitbeste Ergebnis erzielte der Kandidat der Christdemokraten mit einem Vorsprung von über 6 500 Erststimmen im Wahlkreis 157 Ludwigshafen. Auch in den übrigen 14 Wahlkreisen erhielten die Direktkandidaten der CDU jeweils mehr Erststimmen als die Partei Zweitstimmen für sich gewinnen konnte. Am schlechtesten schnitt dabei der Bewerber im Wahlkreis 154 Mainz ab. Sein Vorsprung betrug nicht ganz 200 Stimmen. Bei den Sozialdemokraten konnten 14 der 16 Wahlkreisbewerber mehr Erststimmen für sich verbuchen als die Partei jeweils Zweitstimmen erhielt. Mit einem Vorsprung von rund 6 100 Stimmen lag der Kandidat im Wahlkreis 154 Mainz eindeutig an der Spitze, gefolgt von der SPD-Bewerberin im Wahlkreis 157 Ludwigshafen, die einen Vorsprung von gut 3 000 Erststimmen erzielte. In den Wahlkreisen 149 Cochem und 161 Südpfalz erhielten die sozialdemokratischen Direktkandidaten jeweils weniger Erststimmen (rund 1 200 bzw. 2 200), als ihre Partei dort Zweitstimmen gewinnen konnte.

Bei der F.D.P. konnte keiner der 16 Wahlkreisbewerber mehr Erststimmen auf sich vereinigen, als die Partei Zweitstimmen im jeweiligen Wahlkreis erhielt. Die Ergebnisse der F.D.P.-Kandidaten sind jedoch auch unter dem Gesichtspunkt des Stimmensplittings zu betrachten. Zahlreiche CDU-Wähler hatten offenbar der

F.D.P. über die 5 %-Hürde helfen wollen. Den größten Abstand hatten die Bewerber in den Wahlkreisen 146 Neuwied und 150 Kreuznach. Ihnen fehlten rund 6 500 bzw. 6 400 Erststimmen, um mit dem Zweitstimmenergebnis der Partei im Wahlkreis gleichzuziehen. Den geringsten Abstand zum Parteistimmenergebnis hatte bei den Freidemokraten die Direktkandidatin im Wahlkreis 149 Cochem. Die von ihr erzielte Erststimmenzahl lag um knapp 800 unter dem Zweitstimmenergebnis. Bei den GRÜNEN, deren Zahl der Erst- und Zweitstimmen im Landesdurchschnitt annähernd ausgeglichen war, erreichten 11 der 16 Wahlkreisbewerber ein bes-

seres, 5 ein schlechteres Ergebnis als die Partei selbst. Den größten Vorsprung (rund 2 400) gegenüber den Parteistimmen erzielte dabei die Kandidatin des Wahlkreises 153 Montabaur, gefolgt von der Bewerberin im Wahlkreis 152 Trier, die einen Erststimmenüberhang in Höhe von gut 1 000 verbuchen konnte. Am schwersten taten sich die grünen Direktkandidaten in den Wahlkreisen 154 Mainz und 157 Ludwigshafen. Ihnen fehlten etwa 1 600 bzw. 1 700 Stimmen, um das jeweilige Ergebnis der Partei im Wahlkreis zu erreichen.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem und amtliche Agrarstatistik

Die Agrarminister der EU haben im Mai 1992 eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik beschlossen. Die bis dahin bestehende Markt- und Preispolitik mit administrierten Preisen sowie Abschöpfungen und Exporterstattungen wurde weitgehend durch direkte Einkommensstützungen in Form von flächen- und tierbezogenen Beihilfen ersetzt. Mit Hilfe eines Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) sollte die Durchführung der Beihilferegulungen so effektiv wie möglich gestaltet werden. Die Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 stellt die rechtliche Grundlage für das System dar. Weitere Einzelheiten sind in ergänzenden Vorschriften enthalten. Sie regeln die Abwicklung der Stützungsmaßnahmen für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, stillgelegte Ackerflächen, Rind-, Schaf- und Ziegenfleisch sowie die Fördermaßnahmen für die Berggebiete und die benachteiligten Gebiete.

Das integrierte System besteht aus einer informatisierten Datenbank, einem alphanumerischen System zur Identifizierung der landwirtschaftlich genutzten Parzellen, den Beihilfeanträgen und einem integrierten Kontrollsystem sowie im Bereich der tierischen Produktion aus einem Identifizierungs- und Erfassungssystem für Tiere. Das integrierte System soll eine effiziente Durchführung der Fördermaßnahmen ermöglichen und das Betrugs- und Mißbrauchsrisiko minimieren. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, nationale Beihilfen in das System aufzunehmen. Die Ratsverordnung ermächtigt die Mitgliedstaaten ferner, die für InVeKoS anfallenden Daten auch für statistische Zwecke zu nutzen.

Die Umsetzung der InVeKoS-Verordnung fiel in Deutschland in die Kompetenz der Länder. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe aus Verwaltungsfachleuten entwickelte zunächst ein gemeinsames Muster für den Förderantrag. Er bestand aus den Beteiligungserklärungen für die einzelnen Beihilfemaßnahmen, dem Flächen-

nachweis, dem Tierregister und den zugehörigen Schlüsselkatalogen. Die Agrarverwaltungen der Länder gestalteten ihre später verwendeten Antragsformulare jedoch letztlich weitgehend nach landesspezifischen Erfordernissen.

Antragsverfahren in Rheinland-Pfalz

Das integrierte System wird in Rheinland-Pfalz derzeit für folgende Förderprogramme verwendet:

- Soziostruktureller Einkommensausgleich
- Ausgleichszulage in den benachteiligten Gebieten
- Ausgleichszahlung für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen und Öllein einschließlich Flächenstilllegung
- Sonderprämie „Rindfleisch“
- Mutterkuhprämie
- Mutterschafprämie
- Förderprogramm „Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL)“
- Mittelgebirgsprogramm
- Talauenprogramm
- 20 jährige ökologische Ackerflächenstilllegung
- Extensivierungsmaßnahmen der EG.

Der Landwirt hat im Falle einer Teilnahme für jede Maßnahme einen Förderantrag zu stellen. Die Berechnung der Fördermittel und Beihilfen erfolgt auf der Grundlage des für alle Maßnahmen geltenden einheitlichen Flächennachweises und des Tierregisters. Die Unterlagen sind bei den Kreisverwaltungen als den für die Antragsverfahren zuständigen Stellen abzugeben.

Der Flächennachweis enthält für alle bewirtschafteten und nicht bewirtschafteten Schläge u.a. Daten über Lage, Größe und Nutzung. Die Angaben werden von der Kreisverwaltung erfaßt und mit Hilfe des Landesdaten-netzes in die landwirtschaftliche Betriebsdatenbank auf dem Großrechner des Statistischen Landesamtes eingespeichert¹⁾. Die Daten können so zentral und kostengünstig verarbeitet, die Förderbeträge errechnet und ausbezahlt werden. Der Antragsteller erhält für das fol-

1) Vgl. Bretz, M.: Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7 / 1993, S. 162 ff.

gende Jahr einen Flächennachweis, in dem Lage und Größe der Flächen aus dem Vorjahr bereits eingedruckt wurden. Er braucht nur noch den Code für die aktuelle Nutzung der Schläge und neu hinzugekommene Schläge zu ergänzen. Abgegebene Flächen werden gestrichen.

Das Tierbestandsregister beschränkt sich auf die Tiere, für die eine Beihilfe beantragt werden kann. Es wird vom Landwirt geführt und muß laufend aktualisiert werden. Die Tiere, für die Prämien beantragt werden, müssen auch in die Betriebsdatenbank aufgenommen werden.

Doppelbefragung der Landwirte

Das neue Antragsystem brachte für Landwirte und Agrarverwaltung beträchtliche Mehrarbeit. Die Landwirte müssen für das Führen und Aktualisieren der Flächennachweise sehr viel Zeit aufwenden, da bereits kleine Fehler zu erheblichen Beihilfekürzungen führen können. Sie zeigen deshalb wenig Verständnis dafür, daß sie gleiche bzw. ähnliche Angaben beispielsweise im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung nochmals für die amtliche Agrarstatistik machen müssen. Diese Doppelbefragungen werden zunehmend als Belastung empfunden.

Auch der Bundesrat befaßte sich anläßlich der Behandlung von EG-Richtlinien zu Erhebungen über Schweine, Rinder und Schafe mit den Doppelbefragungen der Landwirte durch Agrarstatistik und InVeKoS. In seinem Beschluß vom 26. März 1993 führte er aus, „daß die Landwirte eine sehr geringe Bereitschaft zeigen werden, zu den gleichen Sachverhalten, noch dazu im engen zeitlichen Zusammenhang, umfangreiche Angaben in ihren Beihilfeanträgen und in den Erhebungsbogen der statistischen Landesämter zu machen“. Er bat die Bundesregierung darauf hinzuwirken, „daß nach der Einführung von InVeKoS Doppelerhebungen vermieden werden“.

Initiativen der amtlichen Agrarstatistik

Die amtliche Agrarstatistik sah bereits kurz nach Inkrafttreten der InVeKoS-Verordnung die auf die Landwirte zukommenden Doppelbefragungen. Sie beabsichtigte daher, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Statistik und Agrarverwaltung Wege für eine mögliche Nutzung der Verwaltungsdaten auch für statistische Zwecke zu suchen. Die Zusammenarbeit kam jedoch zunächst nicht zustande, da für die Agrarverwaltung angesichts knapper Zeitvorgaben die Errichtung von InVeKoS und die termingerechte Auszahlung der Beihilfen an die Landwirte Vorrang hatte.

Die statistischen Ämter von Bund und Ländern verständigten sich daraufhin, eine Arbeitsgruppe „InVeKoS“ einzurichten. Eine erste Sitzung dieser Gruppe, zu der auch der für die Agrarstatistik zuständige Vertreter des Bundesernährungsministeriums gehört, fand Anfang März 1993 statt. Aufgabe der Arbeitsgruppe sollte sein, mit Hilfe einer Machbarkeits-

studie die Möglichkeiten und Probleme einer Nutzung der InVeKoS-Daten für Zwecke der amtlichen Agrarstatistik aufzuzeigen.

Die statistischen Landesämter führten zur Vorbereitung der Studie eine Bestandsaufnahme in ihren Ländern durch und stellten die bestehenden landesspezifischen Besonderheiten und Probleme für eine Datenübernahme zusammen. Im Anschluß daran erfolgte eine Prüfung der sich im Zusammenhang mit einer Datenübernahme ergebenden Rechtsfragen. In einem weiteren Abschnitt der Studie sollten Art und Umfang der erforderlichen inhaltlich-methodischen, technisch-organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen, die für einen reibungslosen Arbeitsablauf der Datenübernahme erforderlich sind, dargestellt und um Empfehlungen für eine Realisierung ergänzt werden. Schließlich sollte ein nach Möglichkeit bundeseinheitlicher Verfahrensvorschlag zur Nutzung der InVeKoS-Daten gemacht werden, der den Anforderungen der amtlichen Agrarstatistik gerecht wird und mit dem die Datenübernahme durch die statistischen Landesämter erfolgen könnte. Eingeflossen sind auch die Erfahrungen aus einem bayerischen Pilotprojekt zur Datenübernahme.

Die Machbarkeitsstudie liegt inzwischen vor. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf eine mögliche Nutzung der Flächennachweise für Zwecke der Bodennutzungshaupterhebung, da hier noch die meisten Übereinstimmungen bestehen und somit auch das Problem der Doppelbefragungen am größten ist. Im folgenden sollen in zusammengefaßter Form die festgestellten Abweichungen zwischen InVeKoS und amtlicher Agrarstatistik sowie die notwendigen Voraussetzungen und Maßnahmen für eine spätere Datenübernahme dargestellt werden.

Einige Abweichungen zur amtlichen Agrarstatistik

Wie bereits erwähnt, verwendet die Mehrzahl der Bundesländer nicht den seinerzeit verabschiedeten Musterantrag für die Agrarförderung, sondern entwickelte eigene Antragsformulare, so daß die Merkmalskataloge im Flächennachweis mehr oder weniger stark von dem der Bodennutzungshaupterhebung abweichen. Festzustellen sind teilweise auch unterschiedliche Definitionen für die einzelnen Merkmale. Die Flächennachweise der meisten Agrarverwaltungen können deshalb die Anforderungen der Bodennutzungshaupterhebung derzeit nicht erfüllen. Der Zwischenfruchtanbau wird überhaupt nicht berücksichtigt.

Die rheinland-pfälzische Agrarverwaltung sah dagegen bereits 1993 einen tiefgegliederten Katalog vor, der die Belange der Bodennutzungshaupterhebung weitgehend erfüllte. Die Merkmale stimmen auch inhaltlich überein. Fehlende Merkmale sind zur Antragstellung 1994 ergänzt worden.

Der Flächennachweis ist vom Landwirt jährlich spätestens am 15. Mai bei den zuständigen Stellen in den Ländern abzugeben. Die Erfassung und Prüfung der Flächennachweise wird zwar sofort begonnen, ist aber in einigen Ländern erst im Oktober oder November abgeschlossen. Das Ergebnis der Bodennutzungs-

hauptehebung muß aufgrund vielfacher Anforderungen von den statistischen Landesämtern jedoch bereits bis Anfang November erstellt werden. Noch größere zeitliche Diskrepanzen ergeben sich für das vorläufige Ergebnis über den Anbau auf dem Ackerland. Es ist bis zum 15. Juli jeden Jahres auf der Grundlage der Daten aus einer bestimmten Zahl von Stichprobenbetrieben aufzubereiten.

Die Teilnahme an einem oder mehreren Förderprogrammen und damit die Erstellung eines Flächennachweises ist für den Landwirt freiwillig. Das Agrarstatistikgesetz schreibt dagegen die in die Bodennutzungshauptehebung einzubeziehenden Einheiten vor und legt darüber hinaus fest, daß die Landwirte und Flächenbewirtschafter auskunftspflichtig sind. So waren 1994 in Rheinland-Pfalz rund 48 000 landwirtschaftliche Betriebe für die Bodennutzungshauptehebung heranzuziehen. Der Agrarverwaltung lagen dagegen nur etwa 30 000 Flächennachweise vor. InVeKoS erfaßte allerdings über 90 % der in der Bodennutzungshauptehebung ausgewiesenen landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Anteile lagen beim Getreide noch höher, während sie bei den Sonder- und Dauerkulturen niedriger waren.

Ein großer Teil der bei InVeKoS nicht erfaßten Betriebe und Flächenbewirtschafter stellte keinen Antrag, da er nicht über die Antragsvoraussetzungen (beihilfefähige Flächen) verfügte. Einem kleineren Teil war der Aufwand für eine Antragstellung zu groß.

Die geringere Zahl der bei InVeKoS einbezogenen Einheiten ist nicht zuletzt auch auf eine unterschiedliche Definition der Erhebungseinheiten zurückzuführen. Der Antragsteller kann bei InVeKoS die Angaben für alle von ihm verwalteten Produktionseinheiten zur bodengebundenen Erzeugung (Unternehmen) in einem einzigen Antrag zusammenfassen. Die Agrarstatistik erfragt die Daten jedoch für den Betrieb. Sie versteht darunter eine technisch-wirtschaftliche Einheit, die mit denselben Produktionsmitteln (Arbeitskräfte, Maschinen, Gebäude) bewirtschaftet wird und land- oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt. Bewirtschaftet ein Unternehmer mehrere selbständige Betriebe im Sinne der Agrarstatistik, so muß er für jeden Betrieb einen gesonderten Erhebungsbogen ausfüllen.

Die hier geschilderten Unterschiede zwischen InVeKoS und amtlicher Agrarstatistik mit ihren von Natur aus unterschiedlichen Zielsetzungen lassen deutlich werden, daß eine Datenübernahme aus der Verwaltung nur unter bestimmten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erfolgen kann. Die wichtigsten sollen kurz erläutert werden.

Rechtliche Regelungen für eine Datenübernahme aus InVeKoS müssen geschaffen werden

Zu den Voraussetzungen für eine spätere Datenübernahme gehört in erster Linie eine entsprechende Rechtsgrundlage. Die in Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 enthaltene Bestimmung, daß die im Rahmen des integrierten Systems erhobenen Daten auch für statistische Zwecke verwendet werden

können, bildet nach vorherrschender Meinung nur den rechtlichen Rahmen für eine statistische Auswertung, die noch der Ausfüllung durch ergänzende nationale Vorschriften bedarf. Es muß klar geregelt werden, daß der Betriebsinhaber auch angesichts einer Datenlieferung aus InVeKoS weiterhin für die Statistik auskunftspflichtig bleibt. Dies ist allein schon deswegen notwendig, da sonst in den Jahren, in denen er keinen Förderantrag stellt, für ihn keine Daten zur Statistik vorliegen. Der Betriebsinhaber könnte in Zukunft seiner Auskunftspflicht genügen, wenn er entweder einen Förderantrag stellt, der alle statistikrelevanten Daten über die Bodennutzung enthält, oder, falls er keinen Antrag abgibt, seine Daten wie bisher über die Erhebungsstelle an das statistische Amt liefert. Die für InVeKoS zuständigen Stellen in den Ländern würden zu einer Übermittlung der Daten aus dem Förderantrag an die statistischen Ämter verpflichtet. Die nationale Regelung müßte auch zulassen, daß im Falle der Datenübermittlung die statistischen Ämter wie bisher zur Sicherung der Qualität der Erhebungsergebnisse in Zweifelsfällen bei den Auskunftspflichtigen Rückfrage halten dürfen.

Die Datenübernahme setzt ferner einen Abgleich der Adressen aus InVeKoS und dem Betriebsregister für die Landwirtschaftsstatistiken voraus. Hierzu ist eine Regelung notwendig, die es erlaubt, daß Angaben aus der InVeKoS-Betriebsdatenbank in das Betriebsregister übernommen werden können. Der umgekehrte Weg ist rechtlich ausgeschlossen. Es muß auch ermöglicht werden, daß zur Herstellung der betrieblichen Identität Hilfsmerkmale im Sinne des Agrarstatistikgesetzes und in Ausnahmefällen zur ausschließlich technisch-organisatorischen Identifikation der betrieblichen Einheiten auch Merkmale über Größe und betriebliche Ausrichtung mit der Agrarverwaltung abgestimmt werden können.

Nicht zuletzt ist eine Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, der Agrarverwaltung eine betriebsbezogene Information über die Beteiligung an einer Repräsentativerhebung zu geben. Dies ist unerlässlich um der Verwaltung eine zeitlich vorgezogene Bearbeitung der für das vorläufige Ergebnis über die Bodennutzung ausgewählten InVeKoS-Betriebe zu ermöglichen.

Bestehendes agrarstatistisches System muß erhalten bleiben

Eine weitere Voraussetzung für eine spätere Übernahme von Daten aus InVeKoS ist ihre notwendige inhaltlich-methodische Eingliederung in das bestehende eng verzahnte, wohlabgestimmte und durch nationales und EG-Recht begründete agrarstatistische System. Dieses muß unbedingt erhalten werden, gleichzeitig sind aber die Landwirte von Doppelbefragungen zu entlasten. Hierzu ist sicherzustellen, daß für die zu übernehmenden Merkmale und deren Ausprägungen bundesweit die inhaltliche und definitorische Übereinstimmung mit der amtlichen Agrarstatistik gewährleistet ist. Die gelieferten Daten müssen ferner den Qualitätsanforderungen der Statistik genügen. Zur Feststellung des bei InVeKoS erfaßten Betriebskreises muß ein Abgleich der Betriebe zwischen diesem und der amtli-

chen Agrarstatistik erfolgen. Dazu ist eine einheitliche Betriebsdefinition unerlässlich. Die nicht bei InVeKoS beteiligten Betriebe müssen weiterhin auf dem bisherigen Erhebungsweg befragt werden können.

Aus organisatorisch-technischer Sicht müssen vor einer Datenübernahme aus InVeKoS vor allem die Termine vereinheitlicht werden. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Agrarverwaltungen die Daten so rechtzeitig an die statistischen Ämter übermitteln, daß hier das vorläufige Ergebnis über die Bodennutzung aus einer Stichprobe bis Mitte Juli und das vollständige endgültige Ergebnis bis Anfang November erstellt werden kann. Weiterhin müssen die Identifikationssysteme für die Betriebe von Agrarverwaltung und amtlicher Agrarstatistik gegenseitig so transparent gemacht werden, daß ein Datentransfer auf elektronischen Datenträgern und die Weiterverarbeitung der übermittelten Daten in den statistischen Ämtern möglich ist.

Weiteres Vorgehen

Die Verwendung von Daten aus InVeKoS für die amtliche Agrarstatistik ist wie aufgezeigt wurde an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft, die bisher noch nicht gegeben sind. Diese Erfordernisse sollten zur Vermeidung von zusätzlichen Belastungen für die landwirtschaftlichen Betriebe und nicht zuletzt auch im Interesse einer Verringerung des Verwaltungsaufwandes zum Beispiel durch eine Änderung des Agrarstatistikgesetzes geschaffen werden. Die Machbarkeitsstudie bildet eine gute Grundlage für die dazu notwendigen Beratungen, die nur unter aktiver Beteiligung auch der Agrarverwaltungen der Länder zum Ziele führen können. Offengeblieben ist derzeit noch die Frage der Wirtschaftlichkeit einer Datenübernahme. Hierzu sind Kosten-Nutzen-Überlegungen anzustellen.

Diplom-Agraringenieure Jörg Breitenfeld
und Werner Laux

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1989

Die Verteilungsrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt die Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Ausgangspunkt und zentrale Größe dieser primären Verteilung ist das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten), die Summe der den Inländern letztlich zugeflossenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. In sektoraler Gliederung werden diese Einkommensarten auf die inländischen Sektoren Unternehmen, Staat und private Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck) aufgeteilt. In der Länderrechnung wird jedoch nur der Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen nachgewiesen. Dieser umfaßt die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttolöhne und -gehälter einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) und die den privaten Haushalten zufließenden Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Gewinne, Dividenden, Zinsen, Mieten und Pachten).

Ausgehend vom durch Addition der beiden Einkommensarten ermittelten Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte wird in der Umverteilungsrechnung das verfügbare Einkommen errechnet, indem die geleisteten laufenden Übertragungen abgesetzt und die empfangenen laufenden Übertragungen hinzugezählt werden. Zu den laufenden Übertragungen, auch Transfereinkommen genannt, zählen alle Geldleistungen, für die keine spezielle Gegenleistung erbracht wird und die nicht als Vermögensübertragungen angesehen werden. Diese sekundäre Einkommens(um)verteilung spielt sich zum weitaus größten Teil zwischen Staat und privaten Haushalten ab. Das verfügbare Einkommen ist demnach das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es berücksichtigt sämtliche Einkommensbestandteile, die den privaten Haushalten aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge

(z. B. Renten, Arbeitslosengeld) oder in Form von Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistung (z. B. Kindergeld, Sozialhilfe) zufließen, und zudem auch sämtliche Abzüge wie direkte Steuern und Sozialbeiträge, die das Einkommen schmälern. Die wichtigsten der über einhundert Transaktionen sind in der Übersicht dargestellt.

Aus der Sicht der Verwendungsrechnung ist das verfügbare Einkommen der Betrag, der den privaten Haushalten für den privaten Verbrauch, also für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung, zur Verfügung steht. Dieser Einkommensbegriff ist demnach nicht gleichbedeutend mit der Kaufkraft der privaten Haushalte im Sinne eines Maßstabs für die regionale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs. Die Absolutwerte geben Aufschluß über die potentielle Kaufkraft der Bevölkerung in einer Region, jedoch ist zu berücksichtigen, daß ein Teil des Einkommens gespart oder außerhalb des Wohnortes verausgabt wird. Außerdem wird der Vergleich verschiedener Regionen anhand des (nominalen) verfügbaren Einkommens durch regionale Preisniveaunterschiede eingeschränkt. Dennoch kann dieses Einkommensaggregat als brauchbarer Indikator für den „monetären Wohlstand“ der Bevölkerung einer Region angesehen und zur Schätzung von Nachfragepotentialen herangezogen werden.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wurde für 1989 erstmals auch auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise berechnet; bisher wurde nur der Landeswert ausgewiesen. Da für den größten Teil der laufenden Übertragungen keine originären Angaben auf Kreisebene vorliegen, werden die Landeswerte in tiefer fachlicher Gliederung mit Hilfe geeigneter Schlüsselgrößen auf die Regionen aufgeteilt. Bei einem derartigen Verfahren wird unterstellt, daß die Regionalanteile der Schlüsselgrößen am Land mit den jeweils zu ermitteln-

den Anteilen der zu berechnenden Bausteine korrespondieren. Insbesondere wegen der dreijährigen Periodizität der Einkommensteuerstatistik, die wichtige Ausgangsdaten für die Schlüsselbildung liefert, ist die Darstellung des verfügbaren Einkommens auf Kreisebene nur alle drei Jahre möglich. Aufgrund der langen Bearbeitungszeit dieser Statistik sowie der Vorarbeiten bei der erstmaligen Berechnung können erst Ergebnisse für das Jahr 1989 vorgelegt werden. Das verfügbare Einkommen wird hier bereinigt dargestellt, d. h. ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Regionale Unterschiede im verfügbaren Einkommen je Einwohner ...

Das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug im Jahre

1989 insgesamt 95,3 Mrd. DM, das waren im Durchschnitt 25 980 DM je Einwohner. Auf dem Weg der Einkommensumverteilung hatten die privaten Haushalte laufende Übertragungen in Höhe von 41,4 Mrd. DM zu leisten und empfingen gleichzeitig 25,4 Mrd. DM. Per Saldo sinkt also das Einkommen für die Gesamtheit der privaten Haushalte, wobei zu beachten ist, daß in den empfangenen laufenden Übertragungen nur die Geldleistungen enthalten sind, jedoch nicht die Dienst- und Sachleistungen des Staates. Somit stand den privaten Haushalten ein (bereinigtes) Einkommen in Höhe von 79,9 Mrd. DM für Konsum- oder Sparzwecke zur Verfügung. Das verfügbare Einkommen je Einwohner lag bei durchschnittlich 21 760 DM und damit um 3,1 % unter dem Wert für das frühere Bundesgebiet (22 470 DM).

Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner wurde für die Landeshauptstadt Mainz ermittelt, das mit

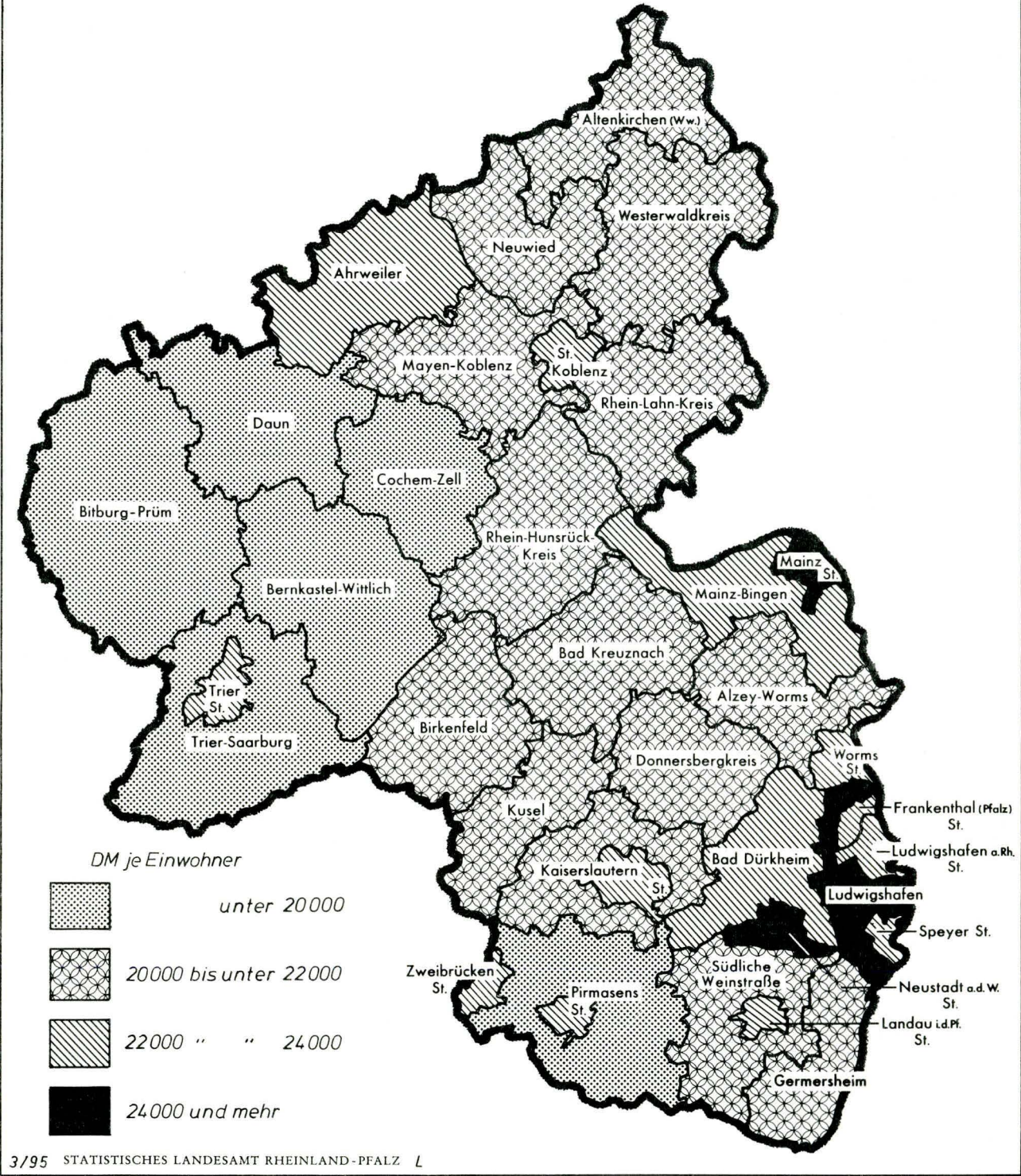
Übersicht über die Komponenten der Einkommensumverteilung des Sektors Private Haushalte (einschl. der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck)

Geleistete laufende Übertragungen	Empfangene laufende Übertragungen
<p>Direkte Steuern</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lohnsteuer - veranlagte Einkommensteuer - Vermögen- und Kapitalertragsteuer - Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z. B. Kfz-Steuer, Hundesteuer) <p>Sozialbeiträge</p> <p>tatsächliche Sozialbeiträge</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung - Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge der Selbständigen, Beiträge an Lebensversicherungen, Pensionskassen u. ä. <p>unterstellte Sozialbeiträge</p> <ul style="list-style-type: none"> - unterstellte Beiträge für die Beamtenversorgung - unterstellte Beiträge für Aufwendungen aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen, zur Versorgung von Kirchenbeamten u. ä. <p>Sonstige geleistete laufende Übertragungen</p> <p>an den Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rückerstattungen im Rahmen der Sozialhilfe und ähnliche Erstattungen, Verwaltungsgebühren u. ä. <p>an Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nettoprämien für Schadenversicherungen <p>an die übrige Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Unterstützungszahlungen, Visagebühren u. ä. 	<p>Soziale Leistungen</p> <p>im Zusammenhang mit tatsächlichen Sozialbeiträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Barleistungen der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung - Leistungen von Lebensversicherungen, Pensionskassen u. ä. <p>im Zusammenhang mit unterstellten Sozialbeiträgen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pensionen an ehemalige Beamte und deren Hinterbliebene - Betriebspensionen und Leistungen aufgrund betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen, Pensionen an ehemalige Kirchenbeamte u. ä. <p>sonstige soziale Leistungen vom Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kriegsopferversorgung, Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsbeihilfen, Erziehungsgeld u. ä. <p>Sonstige empfangene laufende Übertragungen</p> <p>vom Staat</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zuschüsse an private Organisationen ohne Erwerbszweck <p>von Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schadenversicherungsleistungen von Versicherungsunternehmen <p>von der übrigen Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützungszahlungen u. ä.

27 130 DM knapp 25 % über dem Durchschnitt liegt. Zu den Gebieten mit weit überdurchschnittlichen Werten gehören auch die kreisfreie Stadt Neustadt a.d.Weinstraße (24 710 DM) sowie die Landkreise Ludwigshafen (24 230 DM) und Bad Dürkheim (23 940 DM). Das vergleichsweise niedrigste verfügbare Einkommen je Einwohner wurde für den Landkreis Bitburg-Prüm mit

16 020 DM festgestellt, also gut 26 % unter dem Landesdurchschnittswert. Weniger als 19 000 DM je Einwohner hatten nur noch die übrigen drei Landkreise des Regierungsbezirks Trier und der Landkreis Cochem-Zell aufzuweisen. Insgesamt ergibt sich in den kreisfreien Städten ein um rund 3 000 DM höheres verfügbares Einkommen je Einwohner als in den Landkreisen.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
je Einwohner 1989 nach Verwaltungsbezirken



**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾ 1989 sowie Bruttowertschöpfung
zu Marktpreisen je Erwerbstätigen 1990 nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Verfügbares Einkommen 1989				Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1990 je Erwerbstätigen	
	insgesamt	Anteil am Land	je Einwohner			
	Mill. DM	%	DM	Landeswert=100	DM	Landeswert=110
Kreisfreie Stadt Koblenz	2 570	3,2	23 920	109,9	82 800	106,1
Landkreise						
Ahrweiler	2 512	3,1	22 240	102,2	71 390	91,5
Altenkirchen (Ww.)	2 571	3,2	21 050	96,7	76 880	98,5
Bad Kreuznach	3 170	4,0	21 680	99,6	66 860	85,7
Birkenfeld	1 833	2,3	21 480	98,7	65 030	83,3
Cochem-Zell	1 145	1,4	18 900	86,8	54 560	69,9
Mayen-Koblenz	3 911	4,9	20 640	94,8	87 700	112,4
Neuwied	3 482	4,4	21 950	100,9	71 330	91,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 848	2,3	20 510	94,2	65 170	83,5
Rhein-Lahn-Kreis	2 390	3,0	20 330	93,4	64 720	82,9
Westerwaldkreis	3 555	4,5	20 570	94,5	72 280	92,6
RB Koblenz	28 987	36,3	21 260	97,7	73 040	93,6
Kreisfreie Stadt Trier	2 117	2,7	22 100	101,5	91 090	116,7
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	2 017	2,5	18 990	87,3	61 930	79,4
Bitburg-Prüm	1 430	1,8	16 020	73,6	64 270	82,4
Daun	1 062	1,3	18 550	85,2	67 440	86,4
Trier-Saarburg	2 376	3,0	18 890	86,8	57 040	73,1
RB Trier	9 002	11,3	18 980	87,2	70 830	90,8
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	1 093	1,4	23 880	109,7	76 580	98,1
Kaiserslautern	2 217	2,8	22 800	104,8	75 560	96,8
Landau i. d. Pfalz	871	1,1	23 870	109,7	70 900	90,9
Ludwigshafen a. Rhein	3 609	4,5	22 700	104,3	114 830	147,2
Mainz	4 765	6,0	27 130	124,7	105 950	135,8
Neustadt a. d. Weinstr.	1 255	1,6	24 710	113,6	77 380	99,2
Pirmasens	1 090	1,4	23 130	106,3	77 160	98,9
Speyer	1 062	1,3	23 410	107,6	78 300	100,3
Worms	1 769	2,2	23 580	108,3	79 280	101,6
Zweibrücken	748	0,9	22 400	102,9	67 540	86,5
Landkreise						
Alzey-Worms	2 080	2,6	20 470	94,1	63 250	81,1
Bad Dürkheim	2 922	3,7	23 940	110,0	74 210	95,1
Donnersbergkreis	1 494	1,9	21 980	101,0	68 090	87,3
Germersheim	2 210	2,8	20 870	95,9	81 330	104,2
Kaiserslautern	1 978	2,5	20 490	94,1	61 400	78,7
Kusel	1 518	1,9	20 200	92,8	61 330	78,6
Südliche Weinstraße	2 109	2,6	21 350	98,1	61 070	78,3
Ludwigshafen	3 207	4,0	24 230	111,3	68 830	88,2
Mainz-Bingen	3 912	4,9	23 430	107,7	79 190	101,5
Pirmasens	1 969	2,5	19 840	91,2	60 290	77,3
RB Rheinhessen-Pfalz	41 878	52,4	22 860	105,0	83 490	107,0
Rheinland-Pfalz	79 867	100,0	21 760	100,0	78 030	100,0
Kreisfreie Städte	23 165	29,0	23 910	109,9	91 570	117,3
Landkreise	56 702	71,0	20 990	96,5	69 400	88,9

1) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zusammengefaßt zu Regierungsbezirken zeigt sich, daß den Einwohnern im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz die vergleichsweise höchsten durchschnittlichen Einkommen zufließen, nämlich pro Kopf 1 600 DM bzw. 3 880 DM mehr als den Einwohnern in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier.

... und der Zusammenhang mit der Wirtschaftskraft

Die Gründe für die regionalen Unterschiede sind vielfältig. Von Bedeutung ist sicherlich die unterschiedliche Haushaltsstruktur. So ist die durchschnittliche Haushaltsgröße im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz niedriger als im Regierungsbezirk Koblenz und diese wiederum niedriger als im Regierungsbezirk Trier. Auch in den kreisfreien Städten sind die Haushalte im Schnitt kleiner als in den Landkreisen, da hier ein höherer Anteil aus Einpersonenhaushalten besteht, während in den umliegenden Landkreisen sowie in den ländlichen Gebieten Mehrpersonenhaushalte ein größeres Gewicht haben.

Wesentlich beeinflußt wird das Einkommen der Bevölkerung einer Region natürlich auch von der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftskraft. Als Maß für die regionale Wirtschaftskraft liegt bereits für 1990 die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen je Erwerbstätigen auf Kreisebene vor. Die Wertschöpfung umfaßt die innerhalb eines Wirtschaftsgebiets erbrachte wirtschaftliche Leistung und ist ein Maß für den zusätzlichen Wert, der im Rahmen der Produktion von Waren und Dienstleistungen geschaffen wird. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich eine durchschnittliche Bruttowertschöpfung von 78 030 DM je Erwerbstätigen. Beim Vergleich der beiden Pro-Kopf-Werte ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Bruttowertschöpfung, ein nach dem Inlands-konzept berechnetes Aggregat der Entstehungsrechnung, auf die Erwerbstätigen am Arbeitsort bezogen wird, wogegen das verfügbare Einkommen, eine nach dem Inländerkonzept ermittelte Größe der Umverteilungsrechnung, auf die Bevölkerung am Wohnort abstellt. Neben den begrifflichen Unterschieden sind also die konzeptionellen Abweichungen zu beachten, die im Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen dem Inland und der übrigen Welt bzw. den Pendlerströmen zum Ausdruck kommen. Je kleiner die betrachtete Region, um so seltener fallen Wohnort und Arbeitsort zusammen, und die Pendlerströme nehmen zu. Die Wertschöpfung der Pendler wird am Arbeitsort registriert, während das Einkommen am (abweichenden) Wohnort verbucht wird.

Die Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Werte zeigt, daß dieses Problem bei größeren Gebieten weniger ins Gewicht fällt und folglich beide Maße stärker korrelieren. So ergibt sich bei der Wertschöpfung für die Regierungsbezirke die gleiche Rangfolge wie beim verfügbaren Einkommen. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz lag die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen um 7 % über dem Durchschnitt, in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier um gut 6 % bzw. 9 % darunter. Auf Kreisebene weichen die Werte jedoch z.T. relativ stark voneinander ab. Die Spannweite ist bei der Wertschöpfung je Erwerbstätigen auch erheblich größer als beim Pro-Kopf-Einkommen: sie reicht von 114 830 DM und somit 47 % über dem Landesdurchschnitt (Stadt Ludwigshafen) bis 54 560 DM bzw. 30 % unter dem Durchschnitt (Landkreis Cochem-Zell). Während beim verfügbaren Einkommen je Einwohner nur acht kreisfreie Städte und Landkreise mehr als 10 % vom landesdurchschnittlichen Wert abweichen, sind es bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 21, darunter nur vier Kreise, die mehr als 10 % über dem Durchschnitt lagen. Dies verdeutlicht die Konzentration hoher wirtschaftlicher Leistungskraft auf wenige Gebiete.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Werte zeigt besonders deutliche Abweichungen bei der Stadt und dem Landkreis Ludwigshafen. Die durchschnittlich von jedem Erwerbstätigen in der Stadt Ludwigshafen erwirtschaftete Wertschöpfung übersteigt den Landesdurchschnitt um 47 % und den Wert des Landkreises um 67 %. Demgegenüber liegt das verfügbare Einkommen je Einwohner des Landkreises Ludwigshafen um 11 % über dem Durchschnitt und damit sogar über dem der Stadt. Offensichtlich pendeln viele Erwerbstätige aus dem relativ wirtschaftsschwachen Landkreis in die wirtschaftsstarke kreisfreie Stadt. Zudem ist der Landkreis Ludwigshafen als Teil des Rhein-Neckar-Raumes mit den angrenzenden kreisfreien Städten Worms, Frankenthal und Speyer sowie dem benachbarten baden-württembergischen Stadtkreis Mannheim verflochten. Eine ähnliche Situation ist bei der kreisfreien Stadt Trier und dem sie umgebenden Landkreis Trier-Saarburg gegeben.

Bei der Analyse des regionalen verfügbaren Einkommens ist außerdem zu berücksichtigen, daß dieses nicht nur Erwerbseinkommen umfaßt. Regionale Unterschiede in der Verteilung der Vermögenseinkommen und anderer Einkünfte wie Renten, Pensionen oder Arbeitslosengeld schlagen sich natürlich auch im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nieder.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels

Handels- und Gaststättenzählung 1993

- Erste Unternehmensergebnisse -

Die zum Stichtag 30. April 1993 durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung ist die fünfte dieser Art. Frühere Erhebungen haben in den Jahren 1960, 1968, 1979 und zuletzt 1985 stattgefunden. Der als Totalerhebung durchgeführte Handelszensus liefert Strukturda-

ten über die Bereiche Handel und Gastgewerbe. Die hier dargestellten Unternehmensergebnisse umfassen Ein- und Mehrbetriebsunternehmen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz und deren Arbeitsstätten. In Kürze werden diese Daten ergänzt um Angaben von Arbeitsstätten in

Unternehmensergebnisse der HGZ 1993

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz	
	am 30. 04. 1993		1992	je Beschäftigten
	Anzahl		1 000 DM	DM
Einzelhandel insgesamt	21 009	123 477	27 766 407	224 871
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	2 484	32 152	10 238 082	318 428
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	11 021	61 861	11 415 821	184 540
Großhandel insgesamt	6 239	59 958	30 718 789	512 338
Handelsvermittlung insgesamt	3 064	5 425	395 971	72 990
Kraftfahrzeughandel, Tankstellen insgesamt	3 332	24 064	11 082 300	460 534
Handel mit Kraftwagen	1 929	15 977	8 691 554	544 004
Agenturtankstellen	525	2 859	314 275	109 925
Freie Tankstellen	99	461	218 312	473 562
Gastgewerbe insgesamt	16 384	73 069	4 678 417	64 027
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	2 668	19 230	1 626 117	84 561
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	6 392	30 072	1 897 086	63 085
Sonstiges Gaststättengewerbe	6 538	19 325	868 265	44 930
Handel und Gastgewerbe insgesamt	50 028	285 993	74 641 884	260 992

Rheinland - Pfalz, deren Unternehmenssitz in anderen Bundesländern liegt.

oder mehreren Positionen der WZ 1979 zugeordnet werden.

Rechtsgrundlagen sind das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733) sowie die Verordnung zur Durchführung der Zählung im Handel und im Gastgewerbe (Handels- und Gaststättenzählungsverordnung – HGZV) vom 9. Juli 1992 (BGBl. I S. 1238) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Erstmals neue Wirtschaftszweigsystematik

Aufbereitung und Veröffentlichung der Daten erfolgen in der Handels- und Gaststättenzählung 1993 erstmals nach der neuen europäischen Wirtschaftszweigsystematik (NACE Rev. 1). Die Einführung dieser Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Union als einheitliche Erhebungs- und Beschreibungsklassifikation für alle Wirtschaftsstatistiken und die daraus abgeleitete nationale Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), hat im Bereich Handel gravierende Änderungen gegenüber der bisher geltenden WZ 1979 zur Folge: Versandhandelsvertreter und Augenoptiker werden nunmehr dem Einzelhandel zugeordnet, der Bereich „KFZ-Handel; Tankstellen“ wird zusammen mit der „Instandhaltung und Reparatur von KFZ“ in einer eigenen Abteilung dargestellt, die Bereiche „Handelsvermittlung“ und „Großhandel“ werden in einer Abteilung zusammengefaßt. Im Einzelhandel wird neben dem Warensortiment jetzt auch die Betriebsform als Zuordnungskriterium benutzt; der Einzelhandel wird mit dem Bereich „Reparatur von Gebrauchsgütern“ in einer Abteilung nachgewiesen. Durch die Umstellung auf die WZ 1993 wird der Vergleich mit früheren Erhebungen auf Basis der WZ 1979 erheblich erschwert. Lediglich knapp ein Drittel der insgesamt 224 Positionen im Handel können direkt einer

Fast 75 Mrd. DM Umsatz im Handel und Gastgewerbe

Nach den ersten Ergebnissen dieses Handelszensus wurden von gut 50 000 rheinland-pfälzischen Unternehmen (1985: 50 800) im Jahre 1992 Umsätze in Höhe von fast 75 Mrd. DM getätigt (1984: 58 Mrd. DM). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in dieser Summe Umsatzanteile enthalten sind, die von bedeutenden Filialunternehmen teilweise in anderen, insbesondere auch den jungen Bundesländern getätigt wurden. Umgekehrt sind in den 75 Mrd. DM jene Umsatzanteile noch nicht enthalten, die von Firmen mit Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland mit ihrem rheinland-pfälzischen Filialnetz erzielt wurden. Die Erfahrung mit vorangegangenen Handelszensus hat gezeigt, daß die rheinland-pfälzischen Umsatzangaben, nach dem Austausch mit den Arbeitsstättendaten der anderen Bundesländer, nach oben zu korrigieren sind. Die Umsätze wurden von gut 285 000 tätigen Personen erwirtschaftet, das sind 32 000 Beschäftigte oder 13 % mehr als 1985. Hieraus läßt sich ein durchschnittlicher Umsatz je Beschäftigten von fast 262 000 DM (1984: 230 000 DM) errechnen.

Einzelhandel mit mehr als 35 Mrd. DM Umsatz

Beträchtlichen Anteil an den Umsätzen von 75 Mrd. DM hat traditionell der Einzelhandel. Von 21 000 Unternehmen mit fast 124 000 Beschäftigten wurden 28 Mrd. DM Umsatz im Jahre 1992 getätigt. Hinzu kommen 7,7 Mrd. DM Umsatz, die im Bereich des Kraftfahrzeugeinzelhandels und der freien Tankstellen von 2 300 Unternehmen mit mehr als 17 000 Beschäftigten erbracht wurden. Die rheinland-pfälzischen Handels- und Gastgewerbeumsätze werden somit zu 47 %

von Einzelhandelsunternehmen einschließlich Kfz-Händlern und freien Tankstellen erzielt. 47 % der Unternehmen und 49 % aller Beschäftigten im Handel und Gastgewerbe sind im Einzelhandelsbereich angesiedelt.

Die umsatzstärkste Branche ist der Einzelhandel mit Kraftwagen. Hier wurde von 1 700 Unternehmen mit 14 700 Beschäftigten ein Umsatz von mehr als 6,9 Mrd. DM erzielt. Es folgt die Wirtschaftsklasse Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, in der 2 150 Unternehmen mit 20 500 Beschäftigten und 5,7 Mrd. DM Umsatz ausgewiesen werden.

360 Unternehmen erbringen fast 50 % des Einzelhandelsumsatzes

Die Hälfte (17,5 Mrd. DM) des rheinland-pfälzischen Einzelhandelsumsatzes (einschl. Kfz-Handel und freie Tankstellen) wurde von 360 Unternehmen mit 44 400 Beschäftigten erbracht. Der Großteil der Einzelhandelsunternehmen hatte 1992 jedoch weniger als 1 Mill. DM Jahresumsatz. In diese Umsatzgrößenklasse gehören 70 % der Handelsunternehmen. Von 45 100 beschäftigten Personen wurden hier 5 Mrd. DM umgesetzt. Ein Fünftel der Unternehmen hatte Umsätze zwischen 1 Mill. und 10 Mill. DM jährlich. Von den 4 700 Firmen dieser Größenklasse mit über 45 000 Beschäftigten wurden insgesamt 12,7 Mrd. DM umgesetzt.

Der Großteil (45 %) der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen hat lediglich ein oder zwei Beschäftigte, zu denen auch die Inhaber oder Leiter der Firmen, mithelfende Familienangehörige, Teilzeitkräfte und Aushilfen sowie die Auszubildenden gehören. In diesen 10 400 Kleinbetrieben wurden am Stichtag der Handels- und Gaststättenzählung 16 200 Beschäftigte gezählt, das sind 12 % aller im Einzelhandel Beschäftigten. Von ihnen wurden 5,5 % oder 1,9 Mrd. DM des Einzelhandelsumsatzes erzielt, was 120 000 DM je Person entspricht. Ein Drittel (7 800) der Einzelhändler beschäftigte durchschnittlich drei bis fünf Personen. Dieser Beschäftigtengrößenklasse gehört ein Fünftel der tätigen Personen an. Sie erwirtschafteten einen Umsatz von fast 5 Mrd. DM (14 %). Je Beschäftigten errechnen sich hier 167 000 DM.

33,7 Mrd. DM Umsatz im Großhandel

Der bedeutendste Bereich neben dem Einzelhandel ist der rheinland-pfälzische Großhandel. Diese Branche setzte 1992 mit 6 500 Unternehmen – einschließlich Kraftfahrzeuggroßhandel – 33,7 Mrd. DM um. Es wurden über 63 000 Mitarbeiter beschäftigt.

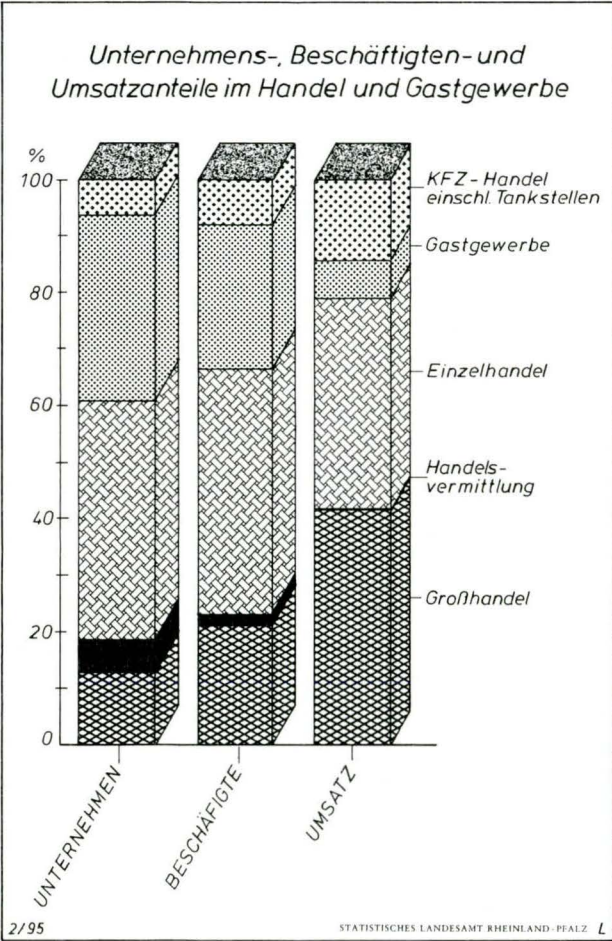
560 Großhändler von Holz, Baustoffen, Sanitärkeramik und Anstrichmitteln stellen mit 4,2 Mrd. DM die umsatzstärkste Einzelposition dar. Es werden knapp 8 500 Personen beschäftigt. An zweiter Stelle folgt mit 3,4 Mrd. DM Umsatz der Getränkegroßhandel (940 Unternehmen mit 6 700 Beschäftigten). Hiervon entfallen 70 % oder 2,3 Mrd. DM im Weinland Rheinland-Pfalz auf den Großhandel mit Wein, Sekt und Spi-

rituosen. Rund 550 Händler beschäftigen hier 3 800 Mitarbeiter. Im gesamten Kraftfahrzeuggroßhandel (einschließlich Teilehandel und Handel mit Krafträdern) sind mehr als 300 Unternehmen in Rheinland-Pfalz angesiedelt, die mit 3 500 Beschäftigten 3 Mrd. DM umsetzen. 2,6 Mrd. DM Umsatz mit 3 900 tätigen Personen verzeichneten 100 Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakwarengroßhändler, deren Sortiment keinen ausgeprägten Schwerpunkt aufwies. Mit 1,7 Mrd. DM Umsatz ist der Großhandel mit Mineralölzeugnissen zu nennen. Hier waren 60 Unternehmen mit 900 Beschäftigten tätig.

9 % der Großhändler erzielen mehr als zwei Drittel des Gesamtumsatzes

Bei der Betrachtung der Umsatzgrößenklassen fällt auf, daß nicht ganz 600 oder 9 % der Großhändler mit 23 Mrd. DM Jahresumsatz mehr als zwei Drittel des Gesamtumsatzes der Branche erzielen. Der Großteil der Unternehmen (3 000 oder 47 %) setzt jährlich durchschnittlich weniger als 1 Mill. DM um. Bei einem Gesamtumsatz von 1,3 Mrd. DM errechnet sich dort ein Anteil von 4 %. 2 600 oder 39 % der Unternehmen sind in der Umsatzgrößenklasse von 1 Mill. bis unter 10 Mill. DM angesiedelt. Hier wurden 8,9 Mrd. DM bzw. 27 % des Großhandelsumsatzes erzielt.

Ein Sechstel (10 600) aller tätigen Personen im Großhandel ist in 4 300 Kleinunternehmen mit weniger



als sechs Beschäftigten eingesetzt. Sie erwirtschafteten 5,1 Mrd. DM oder 15 % des Umsatzes. Das sind rund 493 000 DM je Person. 11 % oder 7 100 Mitarbeiter sind in knapp 1 000 Unternehmen mit sechs bis neun Beschäftigten tätig. Hier werden mit 3,7 Mrd. DM auch 11 % des Umsatzes erbracht. Je Beschäftigten sind das fast 523 000 DM.

4,7 Mrd. DM Umsatz im Gastgewerbe

Einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor stellt neben dem Einzel- und Großhandel auch das rheinland-pfälzische Gastgewerbe dar. In diesem Bereich wurden von 16 400 Unternehmen fast 4,7 Mrd. DM umgesetzt. 73 000 Personen kümmerten sich um das Wohl der Gäste. Das ist ein Viertel aller im Handel und Gastgewerbe Tätigen.

Im klassischen Beherbergungsgewerbe (Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis) wurden in mehr als 2 600 Unternehmen mit 19 000 Arbeitskräften 35 % (1,6 Mrd. DM) des Gastgewerbeumsatzes erwirtschaftet. Die sogenannte „Parahotellerie“ (Ferienwohnungen, Privatquartiere etc.) leistete einen Beitrag von 180 Mill. DM. Das sind knapp 4 % gemessen am gesamten Gastgewerbeumsatz. Diesem Bereich waren 450 Unternehmen mit 2 500 tätigen Personen zugeordnet. 6 400 Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen leisteten einen Beitrag von 1,9 Mrd. DM. Sie beschäftigten mehr als 30 000 Voll- und Nebenerwerbskräfte.

90 % der Gastronomen setzen weniger als 1 Mill. DM um

Der weitaus überwiegende Teil der rheinland-pfälzischen Gastgewerbebetriebe setzt mit Hilfe seines Bettenangebots sowie Speisen und Getränken weniger als

1 Mill. DM im Jahr um. Dieser Umsatzgrößenklasse gehören 90 % der 16 400 Gastronomiebetriebe an. Hier werden fast 75 % aller Beschäftigten nachgewiesen, die mit 3,1 Mrd. DM zwei Drittel des Gastgewerbeumsatzes erbringen. 82 % der Betriebe beschäftigten maximal bis zu 5 Personen. Sie meldeten einen Umsatz von mehr als 2,1 Mrd. DM. Das sind fast 46 % des Gesamtumsatzes der Branche. Die Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten setzten fast 1,8 Mrd. DM um.

Agenturtankstellen erbringen 42 % des Umsatzes in der Handelsvermittlungsbranche

Ergänzend zu den Einzel- und Großhändlern sowie den Gastgewerbebetrieben wurden auch die Handelsvertreter befragt, sofern sie Waren vermittelten. Nicht berücksichtigt wurden hier Versicherungsvertreter oder Immobilienmakler. Mit in den Berichtskreis einbezogen sind die Agenturtankstellen, die Kraftstoffe und Schmiermittel in fremdem Namen und für fremde Rechnung verkaufen.

Einschließlich der Tankstellen wurden gut 3 700 Unternehmer erfaßt, die Umsätze in Höhe von 730 Mill. DM nachwiesen. Zum Umsatz in der Handelsvermittlung zählt nicht der Wert der vermittelten Waren, sondern ausschließlich die Provisionseinnahme sowie sonstige Einnahmen der Vermittler, etwa durch Eigengeschäfte.

Nach dieser Umsatzabgrenzung wird der Bereich der Handelsvermittlung eindeutig durch die etwa 500 Agenturtankstellen dominiert. Sie wiesen Umsätze in Höhe von 314 Mill. DM nach. Das sind fast 42 % des Gesamtumsatzes der Handelsvermittlungsbranche. Fast ein Drittel aller Beschäftigten ist in den Tankstellen tätig.

Dipl.-Ökonom Rainer Klein
Betriebswirt (VWA) Wolfgang Ellermeyer

So heizen die Rheinland-Pfälzer

Ein Ziel der 1%- Gebäude- und Wohnungsstichprobe vom 30. September 1993 war, aktuelle Daten über die Beheizung von Gebäuden mit Wohnraum sowie Art und Höhe des Energieverbrauchs zu gewinnen. Um die hochgerechneten Stichprobenergebnisse 1993 mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 vergleichen zu können, wurde bei der Konzeption der Fragebogen (Gebäude- und Wohnungsbogen) darauf geachtet, daß für die Fragenkomplexe zur Beheizungsart und der vorrangig verwendeten Heizenergie identische Begriffe verwendet wurden. Nach Beheizungsarten differenziert, wird der Nachweis der Stichprobenergebnisse für Blockheizung, Fernheizung, Zentralheizung, Etagenheizung und für Einzel- bzw. Mehrraumofenheizungen geführt.

Eine Blockheizung ist dann vorhanden, wenn ein Häuserblock von einem zentralen Heizsystem beheizt

wird und die Heizquelle an einem der Gebäude angebaut bzw. eingebaut ist oder sich in unmittelbarer Nähe dieser Gebäude befindet. Bei der Fernheizung werden größere Wohnbezirke von einem entfernten, zentralen Heizkraftwerk beheizt. Bei einer Zentralheizung versorgt eine zentrale Heizquelle über ein Röhrensystem die Wohnungen nur eines Gebäudes. Von einer Etagenheizung wird dann gesprochen, wenn lediglich die Räume einer Wohnung von nur einer für diese Wohnung bestimmten Heizquelle aus beheizt werden. Mehrraumöfen (Ölöfen, Kohleöfen, Kachelöfen etc.) beheizen gleichzeitig mehrere Räume einer Wohnung, gelegentlich auch durch Luftkanäle. Der im Zusammenhang mit den Ausstattungsmerkmalen einer Wohnung verwendete Begriff „Sammelheizung“ bündelt Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung und klammert lediglich die Ofenheizungen aus.

Hinsichtlich der überwiegend verwendeten Heizenergie wird in die Energiearten Heizöl, Gas, Elektrizität (Strom), Kohle (Koks, Briketts), Holz oder sonstiges und Fernwärme untergliedert. Auch nach der zusätzlich verwendeten Energieart Solarenergie und dem Einsatz von Wärmepumpen wurden die Gebäudeeigentümer im Rahmen der 1%-Wohnungsstichprobe befragt.

Mehr als zwei Drittel aller Gebäude zentral beheizt

Nach Kompensation der Gebäudeausfälle und ersten vorläufigen Hochrechnungen der 1%-Stichprobenergebnisse liegen für 949 200 Wohngebäude und für 20 700 Sonstige Gebäude mit Wohnraum Angaben zur Heizungsart vor. Gut 70 % aller Gebäude (683 500) wurden am 30. September 1993 zentral beheizt. Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 hatte der entsprechende Anteil knapp über 62 % (566 757 Gebäude) gelegen.

Die Differenzierung nach Gebäudearten zeigt, daß Eigenheime größtenteils über Zentralheizungen verfügen. In 476 600 Wohngebäuden mit einer Wohnung, das sind 72 % aller Einfamilienhäuser, kam eine solche zum Einsatz. In Zweifamilienhäusern war der Anteil sogar noch höher, denn in fast drei Viertel (74,6 %) dieser Gebäude (141 900) war eine Zentralheizung installiert.

Auch in Mietwohngebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten kommen vorwiegend Zentralheizungen zum Einsatz, jedoch ist der Anteil an allen Heizungsarten geringer, da in Geschoßwohnbauten insbesondere Etagenheizungen zu einem Fünftel für die notwendige Wärme sorgen. Für Wohngebäude mit drei bis sechs Wohnungen (41 500) errechnete sich Ende September 1993 ein Anteil für Zentralbeheizung von rund 53 %, bei Gebäuden mit sieben bis zwölf Wohnungen betrug der Anteil 45 %. Großgebäude mit 13 und mehr Wohnungen waren zu 55 % mit dieser Heizungsart ausgestattet.

Zentralheizungen ersetzen zunehmend Ofenheizungen

Etwa in der gleichen Größenordnung, wie der Einsatz von modernen Zentralheizungen im Gebäudebestand seit 1987 zugenommen hat (+ 8,4 %), ging die Zahl der überwiegend ofenbeheizten Gebäude zurück (- 7,2 %). Mit einem Anteil von 23,6 % sind Einzel- bzw. Mehrraumofenheizungen noch in hochgerechnet 229 200 Gebäuden mit Wohnraum, darunter in 167 900 Ein- und 34 200 Zweifamilienhäusern, vertreten. 1987 (GWZ) war der prozentuale Anteil ofenbeheizter Gebäude mit rund 31 % (281 243 Gebäude mit Wohnraum) deutlich höher gewesen.

Der Vergleich zwischen den Ergebnissen der Totalerhebung vom Mai 1987 (GWZ 1987) und der Wohnungsstichprobe 1993 (GWS) zeigt, daß die Gebäudeeigentümer bereits bestehender Gebäude im Modernisierungsfall vorhandene, oftmals nicht mehr zeitgemäße Ofenheizungen (Ölöfen, Kohleöfen) gegen moderne, besser regelbare und wirkungsgradstärkere Zentralheizungstechnik austauschen. Belegt wird dieser Tatbestand durch den Vergleich des Zuwachses an Gebäuden mit Wohnraum (+ 57 000 Gebäude) mit dem gut doppelt so

Gebäude mit Wohnraum 1987 und 1993 nach der Heizungsart

Beheizungsart	GWZ 1987		GWS 1993	
	Gebäude mit Wohnraum			
	Anzahl	%	Anzahl	%
Fernheizung	3 470	0,4	(8 800)	(0,9)
Blockheizung	8 875	1,0	(6 400)	(0,7)
Zentralheizung	566 757	62,0	683 500	70,5
Etagenheizung	52 503	5,8	42 100	4,3
Einzel-/Mehr- raumofen- heizung	281 243	30,8	229 200	23,6
Insgesamt	912 848	100	959 900	100

hohen Bestandszuwachs an zentral beheizten Gebäuden (+ 116 700) und gleichzeitiger Bestandsverringerng ofenbeheizter Gebäude (- 52 000). Per Saldo errechnen sich unter der Annahme, daß rund 75 % der seit Mitte 1987 neu errichteten Gebäude mit einer Zentralheizung ausgestattet wurden, mehr als 60 000 Gebäude, deren Wohnungen mit einem modernen zentralen Heizungssystem nachgerüstet wurden.

Die freiwilligen Angaben zu Frage 25 des Gebäudebogens belegen diese Entwicklung. Die Frage, ob in den letzten zehn Jahren größere Bau- und wohntechnische Veränderungen durchgeführt worden sind, beantworteten rund 331 000 Gebäudeeigentümer von Wohngebäuden positiv. Neben anderen Modernisierungsmaßnahmen, wie Dämmung der Gebäude gegen Wärmeverlust, nannten die Eigentümer von 167 500 Wohngebäuden den erstmaligen Einbau einer Zentral- oder Etagenheizung in die Wohnungen als Hauptgrund der wohntechnischen Veränderung.

Neben den dominierenden Heizungsarten Zentral- und Ofenheizung, die zu 94 % in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum eingesetzt werden, spielen die übrigen Heizungsvarianten eine geringere Rolle. So wurden Ende September 1993 rund 42 000 (4,3 %) Gebäude mit Etagenheizungen beheizt, knapp 9 000 (1 %) Gebäude waren an die Röhrensysteme von Fernheizkraftwerken angeschlossen und rund 6 500 wurden durch eine Blockheizung mit Wärme versorgt.

Etagenheizungen finden vorwiegend in Wohngebäuden mit bis zu sechs Wohnungen Verwendung (38 600). In Einfamilienhäusern waren 9 000 und in Zweifamilienhäusern 13 000 Etagenheizungen installiert. In Wohngebäuden mit drei bis sechs Wohneinheiten befanden sich am Zählungstichtag 16 600 vorwiegend mit Gas (Gasthermen) betriebene Etagenheizungen. In noch größeren Mietwohngebäuden mit sieben und mehr Wohnungen war diese Heizungsart kaum vertreten.

Vorwiegend Einsatz fossiler Brennstoffe

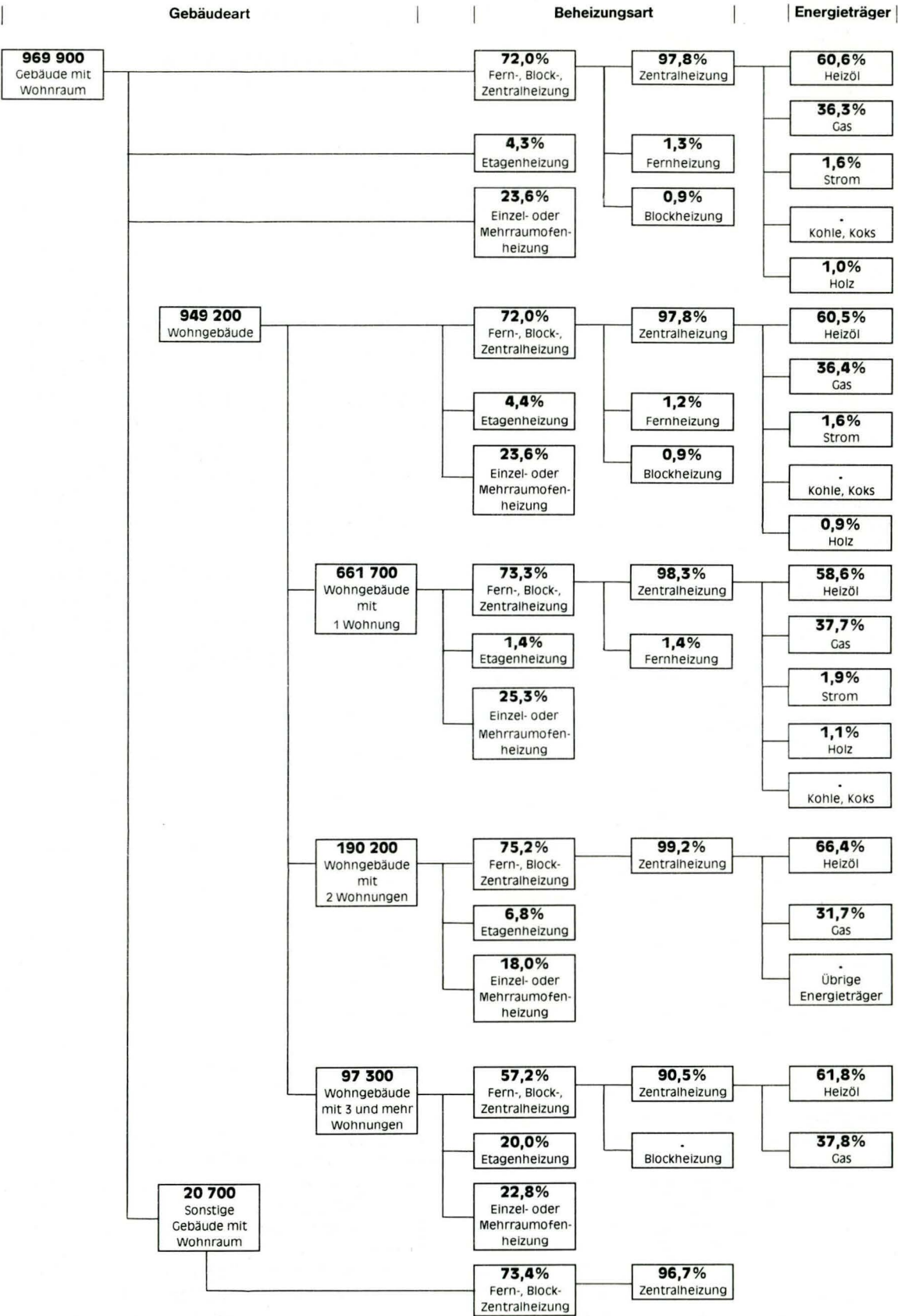
Hinsichtlich der verwendeten Energiearten werden fast ausschließlich fossile Brennstoffe für Heizzwecke

Gebäude mit Wohnraum und Wohngebäude¹⁾ nach
Beheizungsart und

Gebäudeart	Beheizungsart	Energieträger
969 900 Gebäude mit Wohnraum	698 700 Fern-, Block-, Zentralheizung	683 500 Zentralheizung
		414 500 Heizöl
		247 900 Gas
	42 100 Etagenheizung	(8 800) Fernheizung
		11 000 Strom
		• Kohle, Koks
	229 200 Einzel- oder Mehrraumofen- heizung	(6 400) Blockheizung
		(6 500) Holz
949 200 Wohngebäude	683 400 Fern-, Block-, Zentralheizung	668 700 Zentralheizung
		404 700 Heizöl
		243 700 Gas
	41 500 Etagenheizung	(8 400) Fernheizung
		10 900 Strom
		• Kohle, Koks
	224 300 Einzel- oder Mehrraumofen- heizung	(6 200) Blockheizung
		(6 100) Holz
	661 700 Wohngebäude mit 1 Wohnung	484 800 Fern-, Block-, Zentralheizung
		476 600 Zentralheizung
		279 500 Heizöl
	(9 000) Etagenheizung	(6 700) Fernheizung
		179 700 Gas
		(9 000) Strom
	167 900 Einzel- oder Mehrraumofen- heizung	(5 300) Holz
		• Kohle, Koks
	190 200 Wohngebäude mit 2 Wohnungen	143 000 Fern-, Block-, Zentralheizung
		141 900 Zentralheizung
		94 200 Heizöl
	13 000 Etagenheizung	45 000 Gas
		• Übrige Energieträger
	34 200 Einzel- oder Mehrraumofen- heizung	
	97 300 Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	55 600 Fern-, Block-, Zentralheizung
		50 300 Zentralheizung
		31 100 Heizöl
	19 500 Etagenheizung	• Blockheizung
		19 000 Gas
20 700 Sonstige Gebäude mit Wohnraum	22 200 Einzel- oder Mehrraumofen- heizung	
	15 200 Fern-, Block-, Zentralheizung	14 700 Zentralheizung

4/95 1) Additionsdifferenzen bedingt durch Rundungen bei Hochrechnung.

Gebäudearten am 30. September 1993 nach
verwendeter Heizenergie



Wohngebäude am 30. September 1993 nach Beheizungs- und Energieart

Beheizungs- / Energieart	Wohngebäude	Fläche	Durchschnittliche Beheizungsfläche je Wohngebäude
	1 000	1 000 m ²	m ²
Wohngebäude nach überwiedender Beheizung (Fläche)			
mit Fern-, Block- oder Zentralheizung	683,4	120 895,1	176,9
davon mit . . .			
Fernheizung	(8,8)	1 895,9	215,4
Blockheizung	(6,4)	3 755,8	586,8
Zentralheizung	668,7	115 243,5	172,3
Überwiegend verwendete Energieart ¹⁾			
Heizöl	406,6	71 725,9	176,4
Gas	247,7	44 277,4	178,6
Elektrizität (Strom)	11,0	1 565,2	142,3
Kohle, Koks, Briketts	/	527,5	150,7
Holz, Sonstiges	(6,2)	903,3	145,7
Zusätzlich verwendete Energieart			
Solarenergie	/	395,6	146,5
Wärmepumpe	12,1	2 158,9	178,4

1) Ohne fernbeheizte Wohngebäude.

genutzt. Die Hochrechnungen im Rahmen der 1%-Wohnungsstichprobe ergaben, daß Ende September 1993 von insgesamt 668 700 Wohngebäuden mit Zentralheizung – das sind 70 % aller Wohngebäude – 404 700 (60 %) mit Heizöl und 243 700 (36 %) mit Gas beheizt wurden. Elektrizität (Strom) wurde in 11 000 Gebäuden, davon 9 000 Einfamilienhäusern, für Heizzwecke verwendet (1,6 %). Die Energieträger Kohle, Koks oder Briketts (0,5 % der Gebäude), Holz (0,9 %) und Fernwärme (1,2 %) sind als überwiegend verwendete Energiearten für den Einsatz in Zentral- und Blockheizungen von untergeordneter Bedeutung. Besonders beliebt waren Ölheizungen bei den Besitzern von Einfamilienhäusern.

In 279 500 Wohngebäuden dieser Kategorie, das sind knapp 59 % aller zentralbeheizten Einfamilienhäuser, war eine solche eingebaut. Gasheizung bevorzugten die Eigentümer von 179 700 Eigenheimen (38 %). Obwohl Ölheizungen in dieser Gebäudeart insgesamt weit häufiger anzutreffen sind, zeigt sich bei der Betrachtung der verschiedenen Baualtersklassen der Gebäude, daß Gasheizungen in jüngster Zeit erstmals häufiger vertreten sind als Ölheizungen. In der Baualtersklasse der 1988 und später erbauten Eigenheime mit einer Wohnung gab es mehr erdgasbeheizte (19 600) als ölbeheizte Gebäude (13 900).

Auch in Eigenheimen mit zwei Wohnungen sind meist Ölheizungen installiert (94 200), während Erdgas am Zählungstichtag in 45 000 Gebäuden eingesetzt wurde. In den übrigen 265 800 Wohngebäuden (ohne sonstige Gebäude mit Wohnraum) wurde Ende September 1993 mit Etagen- (41 500) bzw. Ofenheizungen (224 300) geheizt. Angaben zu den dabei eingesetzten Energiearten wurden bei der Stichprobenerhebung nicht erfragt. In Ofenheizungen (Kachelöfen, Holzöfen, Ölöfen, Gasöfen und Elektrospeicheröfen) kommen alle bekannten Energieträger zum Einsatz, während Etagenheizungen meist mit Gas über eingebaute Thermen beheizt werden.

Nutzung alternativer Energiequellen gering

Ende 1993 nutzten in Rheinland-Pfalz hochgerechnet nur etwa rund 3 000 oder 0,4 % der Eigentümer von zentralbeheizten Gebäuden mit Wohnraum die Sonnenenergie mittels Solartechnik als zusätzliche Energiequelle zur Gewinnung von Heizenergie. In fast 13 000 Gebäuden war zusätzlich zur Zentralheizung eine Wärmepumpe zur Bereitstellung von Energie installiert (1,9 %). Insgesamt verfügten hochgerechnet rund 16 000 Gebäude (2,3 %) über derartige Zusatzeinrichtungen zur Gebäudebeheizung. Zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 waren rund 7 800 oder knapp 1 % der Gebäude mit zusätzlichen Einrichtungen zur Energiebereitstellung ausgestattet. Die immer noch wenig verbreitete Verwendung alternativer Heizungstechnik ist darauf zurückzuführen, daß der hohe Heizenergiebedarf einschließlich des Bedarfs für die Warmwasserversorgung (falls mit der Heizung gekoppelt) bislang nur durch den Einsatz konventioneller Brennstoffe zu decken ist, wobei positiv zu vermerken ist, daß der umweltbelastende Hausbrand (Kohle, Koks, Briketts, Holz) als Hauptbrennstoff für Ofenheizungen zunehmend weniger Verwendung findet und im Zentral-, Fern- und Blockheizungsbereich mit einer beheizten Gebäudefläche von nur noch gut 1 % so gut wie keine Rolle mehr spielt.

Offensichtlich können – auch aus Gründen fehlender Anlagenkapazitäten – die alternativen Energiequellen noch nicht in dem Maße für die Gebäudebeheizung ausgenutzt werden, wie dies zur überwiegenden Deckung des Energiebedarfs notwendig wäre. Zum anderen sind die technischen Vorrichtungen, insbesondere für unterstützende Solarenergie in der Anschaffung teuer, eine Zusatzinvestition, die viele Bauherren bzw. Gebäudeeigentümer wegen fehlender Rentabilität (lange Amortisationsdauer) oder zusätzlich benötigter Geldmittel scheuen. Daneben hemmen mancherorts baurechtli-

che Vorschriften (rechtsverbindliche Bebauungspläne) eine stärkere Verbreitung alternativer Technologien, denn oftmals sind deren optisch erkennbare Einrichtungen (Sonnenkollektoren) in einem Baugebiet nicht vorgesehen und kommen daher – obwohl vom Bauherren gewünscht – nicht zur Genehmigung. Mit Solarenergie wurde zum Erhebungsstichtag die Beheizung von nur rund 400 000 m² Wohngebäudefläche unterstützt, Wärmepumpen wurden für eine Beheizung von knapp 2,2 Millionen m² zusätzlich eingesetzt. Gemessen an der Gesamtfläche der zentral-, fern- oder blockbeheizten Wohngebäude (121 Mill. m²) errechnen sich für Solarunterstützung und Wärmepumpen Flächenanteile von nur 0,3 bzw. 1,8 %.

374 000 Wohngebäude mit Außentemperaturfühler

Ein wichtiger Fortschritt in bezug auf eine verbesserte Energieausnutzung bei konventionellen Beheizungssystemen ist die Steuerung der Heizungsanlage über die jeweils herrschende Außentemperatur. Diese Einrichtungen tragen mit dazu bei, daß möglichst wenig wertvolle Energie verschwendet wird. Von den im Rahmen der Wohnungsstichprobe 1993 gezählten 683 400 Wohngebäuden, die mit einer Fern-, Block- oder Zentralheizung ausgestattet waren, verfügten 374 000 (55 %) über eine derartige Einrichtung. Weit verbreitet sind Außentemperaturfühler bei Einfamilienhäusern (53 %), noch höher war der Ausstattungsgrad bei Zweifamilienhäusern (56 %), und sogar fast 66 % aller Fern-, Block- oder zentralbeheizten Mietwohngebäude mit drei und mehr Wohnungen wurden außentemperaturabhängig geregelt. Auffällig ist, daß dabei keineswegs nur Wohngebäude, die in den letzten Jahren errichtet worden sind, über eine solche Einrichtung verfügen. Auf Wohngebäude, die zwischen 1949 und 1968 fertiggestellt wurden (99 100), entfiel ein Anteil von 26,5 % an allen mit Außentemperaturreglern ausgerüsteten Gebäuden. 74 200 (20 %) Wohngebäude, die zwischen 1969 und 1978 gebaut wurden und 109 100 (29 %), die nach 1979 fertiggestellt wurden, besaßen einen entsprechenden Regelmechanismus.

Öltanks in 406 700 Wohngebäuden

Von den 406 700 mit Öl betriebenen Block- oder Zentralheizungen in Wohngebäuden verfügen 348 800 über einen Öltank, der innerhalb des Gebäudes installiert ist, in 57 900 Fällen wird der Brennstoff außerhalb des Hauses gelagert. Für die Wohngebäude mit Angaben zum Baumaterial der Tankanlage (391 500) errechnen sich 255 200 Tankbehälter aus Kunststoff und 160 300 aus Stahl. In 6 000 Fällen war die Beschaffenheit des Tanks aus einem anderen Baumaterial. Die meisten Tanks (200 900) verfügen über ein Fassungsvermögen von 5 000 bis 10 000 Litern, 143 100 Tanks können bis zu 5 000 Liter Heizöl aufnehmen. Über Tankvolumina von 10 000 und mehr Litern verfügten die Anlagen von hochgerechnet 45 300 Gebäuden.

Fast 121 Millionen Quadratmeter fern-, block- oder zentralbeheizt

Die zu beheizende Gesamtfläche von Wohngebäuden mit Fern-, Block- oder Zentralheizung bezifferte sich Ende September 1993 auf fast 121 Millionen Quadratmeter. Die Fläche der Wohngebäude, die mit einer Zentralheizung ausgestattet sind, belief sich auf gut 115 Millionen m² (95 %). Knapp zwei Millionen m² wurden durch Fernheizkraftwerke versorgt, für eine Fläche von fast 4 Millionen m² lieferten Blockheizungen die notwendige Heizenergie. Hinsichtlich der durchschnittlichen Gebäudegröße waren die blockbeheizten Wohngebäude am größten (587 m²). Fernbeheizte Gebäude waren im Schnitt 215 m² groß, und die Fläche der mit Zentralheizung ausgestatteten Wohngebäude lag im Mittel bei 172 m².

Hauptenergielieferanten für Heizzwecke waren zum Erhebungsstichtag 30. September 1993 Heizöl und Erdgas. Die mit Öl beheizte Fläche beziffert sich auf knapp 82 Millionen m² (60 %), auf Erdgas entfielen mit knapp über 44 Millionen m² rund 37 % der gesamten Wohngebäudefläche. Weit geringer war die zu beheizende Fläche der mit Strom (knapp 1,6 Millionen m²),

Wohngebäude mit Fern- oder Zentralheizung am 30. September 1993 nach Zahl der Wohnungen

Zahl der Wohnungen	Insgesamt	Darunter mit Angaben zum Jahresverbrauch						
		zusammen	Fernheizung		Zentralheizung			
			zusammen	durchschnittlicher Jahresverbrauch an Fernwärme	zusammen	durchschnittlicher Jahresverbrauch an		
						Heizöl	Gas	Kohle, Koks, Briketts
		1 000		kWh	1 000	l	kWh	t
Wohngebäude mit ... Wohnungen								
1	484,4	357,1	/	11 969	352,5	3 126	27 442	4
2	143,0	111,1	/	18 696	110,1	4 027	34 779	9
3 bis 6	44,2	31,3	–	–	30,2	6 337	57 985	5
7 bis 12	(8,5)	(5,0)	/	96 168	/	12 238	126 414	–
13 und mehr	/	/	/	322 890	/	41 523	435 230	–
Insgesamt	683,4	506,6	(5,3)	20 058	498,6	3 689	33 918	5

Kohle bzw. Koks oder Briketts (530 000 m²) und Holz (900 000 m²) beheizten Gebäude. Gasbeheizte Wohngebäude waren durchschnittlich am größten (179 m²), nur geringfügig kleiner die ölbeheizten Wohnbauten (176 m²). Die Fläche der strom- (142 m²), kohle- (151 m²) und holzbeheizten Gebäude (146 m²) war im Mittel deutlich geringer.

Durchschnittlicher Heizölverbrauch in Wohngebäuden bei rund 3 700 Litern jährlich

Von den 683 400 Wohngebäuden mit Fern-, Block- oder Zentralheizung liegen für zwei Drittel (506 600) Angaben zum Jahresenergieverbrauch vor, darunter für 498 600 Wohngebäude mit Zentralheizung. Der durchschnittliche Jahresverbrauch an mit Heizöl betriebenen Zentralheizungen lag bei rund 3 700 Litern je Wohngebäude. In Einfamilienhäusern wurden rund 3 100 und in Zweifamilienhäusern knapp über 4 000 Liter Heizöl pro Jahr verbraucht. Für Gebäude mit drei bis sechs Wohnungen, mit in der Regel um die 70 m² großen Wohneinheiten, errechnet sich ein mittlerer Jahresbedarf von im

Schnitt gut 6 300 Liter. Der für Großgebäude mit 13 und mehr Wohneinheiten angegebene Verbrauch betrug 41 500 Liter pro Jahr.

Für gasbeheizte Wohngebäude wird der Energieverbrauch in Kilowattstunden ermittelt. Sofern die Gebäude mit einer Zentralheizung ausgestattet waren, betrug der jährliche Verbrauch je Wohngebäude fast 34 000 kWh. Der Energiebedarf für Eigenheime mit einer Wohnung lag mit 27 500 kWh unterhalb des Mittelwerts für alle Wohngebäude, der für Zweifamilienhäuser (34 800 kWh) leicht darüber. 58 000 Kilowattstunden wurden in Drei- und Mehrfamilienhäusern benötigt, die Durchschnittsmenge aller Wohngebäude mit 13 und mehr Wohnungen beziffert sich auf gut 435 000 kWh.

Ein Vergleich über die Verbrauchsentwicklung seit der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 kann nicht angestellt werden, da die jeweilige Jahresverbrauchsmenge an Energie im Rahmen der Totalerhebung (GWZ 1987) nicht erfragt worden ist.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 852	3 904	3 917	3 919	3 922
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	2 422	1 748	1 207	2 975 ^p	2 459 ^p	1 401 ^p	1 182 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	7,5	5,3	3,7	8,9 ^p	7,6 ^p	4,2 ^p	3,7 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 697	3 440	3 152	3 834 ^p	3 349 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	11,5	10,3	9,8	11,5 ^p	10,4 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 296	3 521	3 731	3 604 ^p	3 238 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	10,2	10,6	11,6	10,8 ^p	10,0 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	22	23	24	19 ^p	16 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	6,1	6,3	7,0	5,2 ^p	4,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	7	– 132	401	– 81	– 579	230 ^p	111 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	– 0,4	1,2	– 0,2	– 1,8	0,7 ^p	0,3 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	12 720	11 548	11 043
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	8 114	8 758	7 559
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	4 606	2 790	3 484
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	12 906	13 353	13 840
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	118 764	122 684	126 450	129 493	125 334	124 622	125 976
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	65 525	68 283	70 905	72 048	69 805	69 448	70 850
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	5 512	.	.	.	5 567	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	41 681	.	.	.	42 012	.	.
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,5	7,8	8,0	8,2	7,9	7,8	7,9
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	22 077	14 699	13 572	25 821	22 802	15 528	14 371
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	1 467	.	.	.	920	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	4 546	.	.	.	4 211	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	24 436	35 269	34 649	4 573	5 921	6 483	7 239
Männer	Anzahl	9 875	28 635	19 882	29 671	28 981	3 181	4 056	4 493	5 024
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 269	13 805	13 577	14 198	15 287	12 816 ^r	12 953	13 901	14 274
* Rinder	t	4 755	4 111	4 027	4 125	4 669	3 945 ^r	3 939	4 013	4 421
* Kälber	t	33	29	29	30	35	21 ^r	24	27	33
* Schweine	t	9 354	9 550	9 418	9 916	10 456	9 208 ^r	8 891	9 765	9 697
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	65	65	62	62	58	66	63	64	59
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	95,1	95,0	94,7	95,5	95,2	95,3	95,0
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 586	2 583	2 579	2 480	2 478	2 470	2 472
* Beschäftigte	1 000	385	357	354	350	348	336	336	334	333
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	258	235	233	229	228	220	220	219	219
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	33 985	30 320	30 785	30 333	30 380	29 469	30 166	28 942	29 760
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 647	1 604	2 013	1 601	1 589	1 577	1 997
* Löhne	Mill. DM	997	932	913	888	1 105	902	878	883	1 101
* Gehälter	Mill. DM	788	774	734	716	908	699	711	694	895
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 688	8 470	8 367	8 400	8 930	9 331 ^r	9 184
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 896	2 798	2 823	2 980	3 251	3 528 ^r	3 455
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	33,3	33,0	33,7	35,5	36,4	37,8 ^r	37,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000 t SKE	271	260	219	.	.	215	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	807	697	660	.	.	691	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	126	105	79	.	.	87	.	.
davon									
* leichtes Heizöl	1 000 t	50	47	30	.	.	30	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	76	58	48	.	.	57	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 035	1 076	1 108	1 166	1 179	1 184
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	234	262	286	203	223	275
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)									
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	112	113	112	116	119	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	109	113	114	121	122	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	137	133	114	140	144	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	110	117	119	123	125	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	106	102	96	102	103	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	115	119	93	148	127	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	71	68	72	54	65	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	121	117	120	114	127	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	56	41	44	48	56	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	150	167	173	173 ^r	184	...
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	384	480	466	350	435	471
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	3 122	3 314	3 785	3 250	3 181	3 340
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 641	1 656	1 918	1 556	1 542	1 583
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	1 842	2 115	2 306	2 020	2 045	2 197
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	356	523	656	289	366	...
Handwerk⁷⁾									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	86	.	.	.	82	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	188	.	.	.	191	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	60 908	60 230	59 709	62 030	62 113	61 495
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 613	28 473	28 268	29 711	29 847	28 617
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 885	16 701	16 399	16 473	16 164	16 996
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	7 510	7 138	6 310	7 714	7 630	6 994
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	5 005	4 708	4 267	5 292	5 293	4 849
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	3 028	2 848	2 593	3 400	3 402	3 137
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	19	23	21	43	23	37
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 958	1 837	1 653	1 849	1 868	1 675
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	2 505	2 430	2 043	2 422	2 337	2 145
Hochbau	1 000	433	413	475	433	415	409	377	363
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	2 030	1 997	1 628	2 013	1 960	1 782
Straßenbau	1 000	981	939	1 087	1 095	876	1 078	1 065	978
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	247	242	360	266	255	252
* Löhne	Mill. DM	194	194	199	192	286	215	205	200
* Gehälter	Mill. DM	48	51	48	50	74	51	50	52
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	870	876	877	863	907	923

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 091	1 052	946	1 370	1 166	1 029	1 029
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	652	605	517	748	667	539	539
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	218	245	207	319	264	242	243
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	221	202	222	303	235	248	247
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 160	1 326	1 304	1 312	1 227	1 835	1 600	1 441	1 385
* Wohnfläche	1 000 m²	203	235	234	236	224	333	283	256	251
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	10 808	10 990	10 391	15 362	12 942	11 838	11 566
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	521	531	509	762	670	611	592
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	3	4	3	2	4	2	1
Unternehmen	Anzahl	128	128	136	117	103	146	146	152	134
Private Haushalte	Anzahl	816	925	952	931	840	1 222	1 016	875	894
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	167	188	164	171	178	163	189
* Umbauter Raum	1 000 m³	987	800	757	1 295	622	634	767	750	901
* Nutzfläche	1 000 m²	154	125	115	188	114	106	127	124	132
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	143	343	167	135	168	212	205
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	34	37	32	29	23	20	37
Unternehmen	Anzahl	138	120	127	145	126	134	146	135	143
Private Haushalte	Anzahl	8	7	6	6	6	8	9	8	9
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	2 724	3 059	2 737	3 965	3 492	3 162	3 168
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 439	2 310	2 732	2 572	2 914
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 226	1 126	1 435	1 364	1 433
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	184	176	202	186	213
Dänemark	Mill. DM	50	39	34	42	44	46
Frankreich	Mill. DM	418	324	299	378	360	412
Griechenland	Mill. DM	31	20	19	23	18	19
Großbritannien	Mill. DM	270	221	175	276	255	305
Irland	Mill. DM	12	9	8	13	10	11
Italien	Mill. DM	257	175	204	195	211	151
Niederlande	Mill. DM	217	159	126	198	180	182
Spanien	Mill. DM	114	78	73	84	85	78
Portugal	Mill. DM	26	17	13	24	15	16
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	174	195	177	254
Japan	Mill. DM	63	55	54	60	49	68
Entwicklungsländer	Mill. DM	394	...	343	326	353	407
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104	...	114	190	137	167
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 904	2 000	2 065	1 990	1 923
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	955	1 038	979	998	950
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	156	189	162	156	191
Dänemark	Mill. DM	46	32	32	28	32	41
Frankreich	Mill. DM	300	252	281	274	259	227
Griechenland	Mill. DM	7	5	4	3	3	3
Großbritannien	Mill. DM	108	87	106	88	86	90
Irland	Mill. DM	12	10	10	11	11	14
Italien	Mill. DM	190	158	156	170	177	147
Niederlande	Mill. DM	213	154	179	147	153	158
Spanien	Mill. DM	103	79	62	72	86	58
Portugal	Mill. DM	21	21	19	26	35	20
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	149	252	163	162
Japan	Mill. DM	120	109	112	130	110	88
Entwicklungsländer	Mill. DM	286	...	256	268	250	296
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	...	60	70	72	99

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	99,3	99,2	99,5	98,4	98,6	98,3	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	122,9	126,0	133,4	122,6	126,1	127,2	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,7	109,1	109,1	109,8	109,1	108,7	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	131,7	130,1	127,9	131,8	135,7	134,8	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	97,7	95,0	88,8	95,0	96,6	92,7	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	100,7	97,1	92,2	101,6	105,2	99,3	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	136,1	133,6	102,8	123,8	131,6	134,2	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	156,4	152,0	101,7	130,8	149,9	150,9	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	121,5	120,3	102,5	118,6	118,1	121,9	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	525	498	683	777	389	674	756	779	...
* Ausländer	1 000	115	106	138	126	64	173	137	127	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 828	1 736	2 396	2 566	1 272	2 537	2 592	2 586	...
* Ausländer	1 000	378	344	439	390	194	649	452	386	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 428	1 317	1 319	1 227	1 348	1 522	1 549
* Güterversand	1 000 t	956	890	895	910	885	952	1 189
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	12 194	12 294	11 055	10 503	11 953	12 318	11 728
Krafträder	Anzahl	803	936	475	264	174	924	461	323	221
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	10 821	11 236	10 126	8 831	10 593	11 101	10 669
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	631	583	559	552	624	659	613
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	93	115	85	106	149	143	123
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 812	9 582	10 143	10 290	9 781	9 378	9 597	9 765 ^p	9 298 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 635	1 489	1 302	1 702	1 624	1 457 ^p	1 342 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 508	8 801	8 479	7 676	7 973	8 308 ^p	7 956 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 212	2 073	1 821	2 309	2 199	2 084 ^p	1 857 ^p
* Getötete	Anzahl	39	40	36	34	40	30	34	28 ^p	44 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	24	25	26	16	17	16 ^p	33 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	3	2	2	4	9	3 ^p	4 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	3	2	2	5	1	2 ^p	4 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	6	5	5	8	3	5	5 ^p	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	604	553	467	599	517	502 ^p	476 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	358	369	349	298	279
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	113	68	31	147	97
Radfahrer	Anzahl	58	56	58	39	21	78	71
Fußgänger	Anzahl	57	57	55	61	48	43	42
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁽¹⁾	Anzahl	67	83	85	97	75	106	76	67	68
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	57 183	49 827	37 927	41 660	48 268	83 515	49 149	36 313	51 658
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1 000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	109 498	.	.	.	116 829	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	107 638	.	.	.	114 852	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	20 042	.	.	.	20 809	.	.
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	19 583	19 205	19 653	.	.	.	19 907	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	389	.	.	.	902	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	10 368	.	.	.	9 528	.	.
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	8 686	8 745	8 691	.	.	.	8 412	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	1 677	.	.	.	1 116	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	77 228	.	.	.	84 515	.	.
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	63 181	71 424	69 128	.	.	.	76 287	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	8 046	.	.	.	8 228	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	101 890	.	.	.	104 013	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	16 093	.	.	.	17 436	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	45 584	.	.	.	41 141	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	40 213	.	.	.	45 436	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	3 544	2 748	3 646	3 449	3 460	2 407	3 380
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	1 628	769	1 391	1 464	1 523	759	1 482
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	778	787	1 341	1 392	800	811	1 360
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	181	187	–	– 6	557	541	–	– 6	557
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	491	– 50	– 23	– 77	398	– 119	– 86
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	22	17	21	54	43	75	38
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	32	16	19	74	80	14	16	84
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	15	–	–	54	65	–	–	66
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	322	– 4	– 22	14	267	– 24	26
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	–	–	– 26	20	–	–	42
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 916	1 979	2 255	1 985	1 936	1 648	1 959
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	635	682	938	654	614	711	745
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 280	1 297	1 317	1 332	1 322	937	1 214
* Zölle	Mill. DM	11	215	239	251	231	227	207	215	151
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	406	498	454	481	481	427	441
Kapitalverkehrsteuern	Mill. DM	0	0	1	0	0	0	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	102	498	402	487	443	471	471	418	426
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	0	4	5	5	5	5	3
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	98	115	150	170	107	88	154
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	3	8	70	62	1	9	63
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	57	58	52	58	56	57	52
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	12	13	3	9	9	3	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	651	-	-	-	675	-	-
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	10	-	-	-	10	-	-
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	144	-	-	-	142	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	425	-	-	-	443	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	57	-	-	-	63	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	2 340	2 093	2 478	2 475	2 364	1 909	2 371
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	718	328	592	664	671	390	655
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 215	1 250	1 432	1 330	1 212	1 069	1 276
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	1 118	740	1 089	1 034	1 054	727	1 040
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	711	325	582	607	659	323	607
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	309	258	358	256	289	271	278
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	1 078	-	-	-	1 080	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	378	-	-	-	375	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	473	-	-	-	473	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	120,3	120,6	120,9	123,8	123,9	124,0	124,2
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,0	114,0	114,3	116,6	116,6	116,6	116,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	105,7	110,5	-	-	111,2	113,3	-	-	113,6
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	-	23,80	-	-	-	24,60	-
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	-	24,70	-	-	-	25,46	-
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	-	26,14	-	-	-	27,03	-
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	-	23,73	-	-	-	24,43	-
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	-	20,94	-	-	-	21,52	-
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	-	17,93	-	-	-	18,55	-
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	-	17,52	-	-	-	18,04	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	-	38,4	-	-	-	39,4	-
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	-	38,6	-	-	-	39,7	-
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	-	37,0	-	-	-	37,6	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	-	5 666	-	-	-	5 792	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	-	5 114	-	-	-	5 243	-
männlich	DM	5 860	6 036	-	6 059	-	-	-	6 200	-
weiblich	DM	3 905	4 067	-	4 104	-	-	-	4 190	-
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	-	6 103	-	-	-	6 234	-
männlich	DM	6 045	6 203	-	6 239	-	-	-	6 375	-
weiblich	DM	4 429	4 613	-	4 631	-	-	-	4 736	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	-	4 090	-	-	-	4 257	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	-	4 072	-	-	-	4 243	-
männlich	DM	4 591	4 839	-	4 868	-	-	-	5 036	-
weiblich	DM	3 198	3 346	-	3 411	-	-	-	3 568	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 622	65 666	65 699
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ³⁾	36 772 ^{p3)}	50 089 ^{p3)}	49 319 ^{p3)}	36 468 ^{p3)}	45 600 ^{p3)}	49 834 ^{p3)}	53 284 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ³⁾	66 246 ^{p3)}	71 679 ^{p3)}	69 962 ^{p3)}	64 607 ^{p3)}	65 349 ^{p3)}	70 027 ^{p3)}	65 388 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ³⁾	74 240 ^{p3)}	68 762 ^{p3)}	68 838 ^{p3)}	69 822 ^{p3)}	71 647 ^{p3)}	75 831 ^{p3)}	67 995 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 361 ³⁾	- 7 994 ^{p3)}	2 917 ^{p3)}	1 124 ^{p3)}	- 5 215 ^{p3)}	- 6 298 ^{p3)}	- 5 804 ^{p3)}	- 2 607 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 315	2 288	2 359	2 570	2 531	2 452	2 446
Männer	1 000	983	1 277	1 282	1 271	1 315	1 452	1 422	1 377	1 374
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	8,4	8,3	8,5	9,3	9,1	8,8	8,8
Offene Stellen	1 000	324	243	251	229	201	247	247	241	230
Kurzarbeiter	1 000	283	767	398	590	660	154	121	148	153
Männer	1 000	213	615	315	468	525	113	92	110	113
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 768	6 741	6 674	6 360	6 377	6 365	6 386
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	528	580	573	502	507	557	540
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	141 260	165 134	155 447	146 853	146 412	171 522	159 680
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	36 262	44 609	41 585	40 733	39 266	48 466	45 202
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	101	118	116	107	106	122	118
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	108	116	116	115	115	123	122
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	95	118	113 ^r	104	98	124	115
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	104	124	121	101	105	123	117
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	124	134	138	123	133	134	140
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	27 690	30 102	33 298	30 196	28 753
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 764	2 641	2 297	2 281	2 723	2 321	2 281
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 105	1 107	1 100	1 069 ^p	1 082	1 085	1 110
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	117	133	127	114 ^p	118	130	123
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	15 115	16 377	16 500	16 203 ^p	16 008	17 155	17 071
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	16 314	15 829	15 481	18 671	18 505	15 700	15 900
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	13 314	12 615	12 276	15 068	14 874	12 449	12 403
Wohnfläche	1 000 m ²	2 909	3 315	3 647	3 617	3 624	4 167	4 232	3 709	3 889
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 864	2 874	2 979	3 036	3 088	2 833	2 848
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	47 170	47 552	47 743	52 134	54 578	47 711	51 207
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7 ^r	122,7	132,3	136,9	127,8	125,0	133,2	134,6 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8 ^r	133,8	137,0	133,9	131,0	131,8	135,8 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	45 615	49 490	54 762	52 495	53 726
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	20 750	23 832	26 626	25 685	23 902
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	2 900	3 548	3 695	3 128	3 785
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	5 104	5 626	6 368	6 224	5 770
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	3 743	3 833	4 276	4 653	4 141
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	2 714	3 587	4 158	4 024	2 937
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	3 333	3 829	3 926	3 942	4 043
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	41 465	44 772	46 261	48 513	45 723
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	17 629	19 992	20 570	22 243	19 412
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 261	2 612	2 307	2 856	2 557
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	3 772	4 689	5 168	4 773	4 416
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 379	2 747	2 649	2 907	2 782
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	2 971	3 451	3 737	4 532	3 424
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 535	3 690	3 741	3 795	3 452
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 583	3 624	3 667	3 914	3 929	3 957 ^P	3 986 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 781	2 817	2 844	3 039	3 056	3 083 ^P	3 104 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	802	807	824	875	874	874 ^P	882 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^r	2 330	2 341	2 357	2 518	2 526	2 516 ^P	2 532 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	792	798	805	889	894	898 ^P	902 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	40 273	56 994	38 025	42 727	40 719	55 841	39 858
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	21 526	39 739	19 253	22 612	20 139	38 197	19 703
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	20 984	19 751	19 617	22 898	21 514	20 239	20 314
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	- 1 115	10 460	- 836	- 2 005	- 1 823	9 297	- 1 587
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	18 525	17 241	17 887	18 986	20 140	17 643	18 917
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	15 330	14 071	14 638	15 623	16 573	14 332	15 910
Zölle	Mill. DM	645	603	635	651	665	564	598	581	585
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	8 350	7 613	7 742	8 850	9 282	8 297	8 653
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	1 102	531	513	561	1 353	547	497
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	7 191	7 016	7 172	7 926	7 785	7 587	8 058
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	99,1	98,3	97,6	101,0	100,5	100,2	100,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	83,1	82,6	81,8	84,1	85,7 ^P	86,1 ^P	87,2 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,4	101,3	101,2	101,9	102,1	102,0	102,2
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	105,5	110,1	110,7	-	-	-	112,8	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	105,7	110,5	111,1	-	-	-	113,3	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	105,1	107,7	107,8	-	-	-	108,1	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	120,2	120,3	120,6	123,7	123,8	123,9	124,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,3	114,0	114,0	116,9	116,6	116,6	116,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	116,6	116,9	117,1	117,9	118,0	118,2	118,3
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	131,9	132,5	133,0	137,4	137,8	138,2	138,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	90,9	90,7	91,3	91,1	91,2	91,0	91,2
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	118,5	118,5	118,8	120,5	120,5	120,6	120,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	122,8	123,1	123,4	126,8	126,9	127,2	127,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	122,2	122,2	122,4	125,6	126,5	125,9	125,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	115,9	116,4	116,7	117,7	117,9	118,3	118,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	136,1	136,1	136,6	143,7	143,7	143,7	143,9

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Unternehmensergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993

Die zum Stichtag 30. April 1993 durchgeführte Handels- und Gaststättenzählung ist die fünfte dieser Art. Frühere Erhebungen haben in den Jahren 1960, 1968, 1979 und zuletzt 1985 stattgefunden. Der als Totalerhebung durchgeführte Handelszensus liefert Strukturdaten über die Bereiche Handel und Gastgewerbe. Die hier dargestellten Unternehmensergebnisse umfassen Ein- und Mehrbetriebsunternehmen mit Hauptsitz in Rheinland-Pfalz und deren Arbeitsstätten.

Nach diesem Handelszensus wurden von gut 50 000 rheinland-pfälzischen Unternehmen (1985 : 50 800) im Jahre 1992 Umsätze in Höhe von fast 75 Mrd. DM getätigt (1984 : 58 Mrd. DM). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in dieser Summe Umsatzanteile enthalten sind, die von bedeutenden Filialunternehmen teilweise in anderen, insbesondere auch den jungen Bundesländern getätigt wurden. Umgekehrt sind in den 75 Mrd. DM jene Umsatzanteile noch nicht enthalten, die von Firmen mit Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland mit ihrem rheinland-pfälzischen Filialnetz erzielt wurden. Die Erfahrung aus vorangegangenen Handelszensen hat gezeigt, daß die rheinland-pfälzischen Umsatzangaben, nach dem Austausch mit den Arbeitsstättendaten der anderen Bundesländer, nach oben zu korrigieren sind. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 19.

Mehr als zwei Drittel aller Gebäude haben Zentralheizung

Nach Hochrechnung der 1 %- Stichprobenergebnisse vom 30. September 1993 liegen für 969 900 Gebäude mit Wohnraum, darunter 949 200 Wohngebäude, Angaben zur Beheizungsart vor. Zum Erhebungsstichtag wurden in Rheinland-Pfalz 683 500 Gebäude (70 %) zentral beheizt, 8 800 Gebäude waren an ein Fernheizkraftwerk angeschlossen (1 %) und 6 400 bezogen die Heizenergie durch eine Blockheizung (0,7 %). Mit Etagenheizungen waren 42 100 Gebäude (4,3 %) ausgestattet. 229 200 Gebäude (23,7 %) wurden vorwiegend durch Ofenheizungen (Ölöfen, Kohleöfen, Kachelöfen, Gasöfen, Elektro-speicheröfen) beheizt. Im Vergleich zur Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 ging der Anteil der überwiegend ofenbeheizten Gebäude von knapp 31 % auf 23,6 % zurück, während sich die Quote für mit Zentralheizung ausgestattete Gebäude von 62 auf gut 70 % erhöhte. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 22.

kurz + aktuell

Themen der letzten Hefte

Heft 8 / August 1994

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1993 unter besonderer Berücksichtigung der Teilzeitarbeit

Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Schwerbehinderte Ende 1993

Sozialhilfeausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Heft 9 / September 1994

Repräsentative Europawahlstatistik 1994

Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 deutschen Städten

Aktuelle Daten über die Großregion Saar-Lor-Lux-Trier / Westpfalz

Auslandsumsatz der Industrie

Nichtwohnbau 1993

Heft 10 / Oktober 1994

Das Erntejahr 1994 – Eine erste Bilanz

Umstellung der Statistiken im verarbeitenden Gewerbe

Der Warenverkehr mit der Volksrepublik China

Methoden der Datenmodellierung

Heft 11 / November 1994

Ausgewählte Vorhaben der Wirtschaftsstatistik der Europäischen Union

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 1970 bis 1993

Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1993

Das Vermögen der natürlichen Personen 1989

Landesinformationssystem

Heft 12 / Dezember 1994

Beitrag der Gemeinden zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 1985 bis 1994

Weinstatistik – Wandel in der Ergebniserstellung

Gebäude- und Wohnungsstruktur 1993

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.